



Development Geography Occasional Paper

Post-Politik und Widerstand: Das Climate Action Network in der UN- Klimarahmenkonvention

Florence C. Nick

No. 08 April 2016 Bonn

Edited by the section for Development Geography
Department of Geography
University of Bonn

Occasional Papers of the section for Development Geography serve to disseminate research results prior to publication in order to encourage the exchange of ideas and academic debate. Inclusion of a paper in the Occasional Paper Series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. Copyright remains with the authors.

The section for Development Geography cannot be held responsible for errors or any consequences arising from the use of information contained in this Occasional Paper; the views and opinions expressed are solely those of the authors.

Copyright for this issue: © Florence C. Nick
Contact: Florence.nick@gmx.de

Suggested citation: Nick, F.C. (2016): Post-Politik und Widerstand: Das Climate Action Network in der UN-Klimarahmenkonvention. Occasional Papers of the Centre for Development Geography, No. 08, Bonn, April, 2016.

All Working Papers of the Centre for Development Geography can be downloaded free of charge here www.geographie.uni-bonn.de/forschung/wissenschaftliche-bereiche/geographische-entwicklungsforschung-1/paper-series

Zusammenfassung

Diese Arbeit untersucht das Ausmaß der post-politischen Strukturen in der gegenwärtigen internationalen Klimapolitik anhand der Analyse der Arbeit der Nicht-Regierungsorganisation *Climate Action Network International (CAN)*, eine Art Dachorganisation von weltweit über 950 Umwelt-NGOs. Das „Politische“ im Gegensatz dazu, so unter anderem die Argumentation von Erik Swyngedouw, basiert nicht auf ökonomisch begründeten Entscheidungen, wie sie für das neoliberale und kapitalistisch geprägte Klimaregime der Vereinten Nationen charakteristisch sind. Das Politische erfordert einen demokratischen Ansatz, der eine wirkliche sozioökologische und sozioökonomische Reorganisation ermöglicht. Dazu wurden nach den Prinzipien der Grounded Theory zunächst ausgewählte Publikationen von CAN analysiert. Untersucht wurde dann vor allem CANs Wirken durch Veranstaltungen und die Publikation von Newslettern während der internationalen Klimaverhandlungen der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). In Folge der oftmals unkritischen Heranziehung der Erkenntnisse des International Panel on Climate Change (IPCC) und dessen naturwissenschaftlicher Sichtweise sowie der hohen Priorisierung finanzieller Maßnahmen in der Klimapolitik weist die Arbeit von CAN post-politische Tendenzen auf. Die Anwendung von rhetorischen Mitteln wie Humor und Satire hingegen haben das Potential, Widerstand im Sinne des Politischen zu üben. Sie geben dem Widerstand Öffentlichkeit und greifen Elemente bestehender Strukturen auf und stellen diese in neuen Kontext dar. Die Abkehr von einer einseitigen Perspektive auf den Klimawandel ist essentiell für wirklich politische Debatten, an deren Ende eine sozioökologische und -ökonomische Reorganisation des Systems stehen könnte.

Inhalt

Abkürzungen.....	II
1 Einleitung.....	1
2 Das internationale Klimaregime.....	3
2.1 <i>Die UNFCCC als Hauptakteur.....</i>	3
2.2 <i>Klimaverhandlungen der UNFCCC und teilnehmende Akteure.....</i>	4
2.3 <i>Nichtstaatliche Akteure.....</i>	6
2.4 <i>Methoden und Präsenz von Climate Action Network International.....</i>	7
3 Die These des Post-Politischen.....	8
3.1 <i>Klimapolitik unter post-politischen Verhältnissen.....</i>	8
3.2 <i>Die polizeiliche Ordnung.....</i>	12
3.3 <i>Anforderungen an ein politisches Subjekt.....</i>	13
3.4 <i>Kritik an der post-politischen These.....</i>	16
4 Methodologie.....	17
4.1 <i>Die Grounded Theory-Methode.....</i>	17
4.2 <i>Ethnographische Beobachtungen.....</i>	20
4.3 <i>Kodierung.....</i>	21
5 Der Widerstand von Climate Action Network.....	22
5.1 <i>CANs Sichtweisen auf den Klimawandel.....</i>	23
5.2 <i>Werte und Ziele von CAN.....</i>	24
5.3 <i>Strategien und Handlungsmuster von CAN.....</i>	26
6 Das politische Subjekt im Widerstand von Climate Action Network.....	30
7 Fazit.....	37
8 Literatur.....	39

Abkürzungen

ACT	Alliance Action by Churches Together Alliance
ADP	Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action
AILAC	Independent Association of Latin America and the Caribbean
AOSIS	Alliance of Small Island States
CAN	Climate Action Network International
CDP	Carbon Disclosure Project
CJA	Climate Justice Action
CJN	Climate Justice Now!
COP	Conference of the Parties
ENB	Earth Negotiations Bulletin
G7/G8	Gruppe der Sieben/Gruppe der Acht
G20	Gruppe der 20
GCF	Green Climate Fund
LDC	Least Developed Country
ICLEI	International Council for Local Environmental Initiatives
IISD	International Institute for Sustainable Development
INDC	Intended Nationally Determined Contributions
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
NGO	Nicht-Regierungsorganisation (Non-Governmental Organisation)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PACJA	Pan African Climate Justice Alliance
UN	United Nations
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
WWF	World Wide Fund for Nature

1 Einleitung

SWYNGEDOUW (2005, 2007, 2009, 2010, 2011, 2013a, 2013b) bezeichnet die derzeitige Klimapolitik als post-politisch, da sie grundsätzlich vom neoliberalen Kapitalismus geprägt ist. So werden Entscheidungen eher aus ökonomischen Gründen, als auf Basis ideologischer Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten getroffen – die jedoch für „echtes“ politisches Handeln Voraussetzung sind. Diese post-politischen Verhältnisse haben zur Folge, dass sich technokratische und auf Konsens basierende Diskurse und Bilder in der Gesellschaft verfestigen und eine Konfrontation von Meinungsverschiedenheiten nicht möglich ist. Der Klimawandel wird als die Erdbevölkerung bedrohendes Phänomen dargestellt und auf seine naturwissenschaftlichen Kennzahlen reduziert, d.h. sein sozialräumliches bzw. interdisziplinäres Wirken wird weitestgehend nicht betrachtet. Daraus resultiert eine Externalisierung des allgemeinen Feindes CO₂, den es schnellstmöglich aus der Atmosphäre zu vernichten gilt (ebd.). Dies hat zur Folge, dass sich von den eigentlichen Ursachen des Klimawandels, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, abgewandt wird. Vielfach wird im Klimaregime „Nachhaltigkeit“ als Maßnahme gegen die Bedrohung des Klimawandels angestrebt – ohne, dass diese offenbare Lösung der ökologischen Probleme konkretisiert wird und eine tatsächliche Neugestaltung sozioökologischer Interaktionen in Erwägung gezogen wird. SWYNGEDOUW knüpft an die politikwissenschaftliche Debatte über die post-politische und post-demokratische Ära an und lehnt seine Argumentation an die politischen Theorien vor allem von CROUCH (2004), DIKEC, (2005), MOUFFE (2002, 2005), RANCIÈRE (2006, 2008) und ŽIŽEK (2001, 2002) an. Das Argument der Post-Politik wird von unterschiedlichen Autoren aufgegriffen (z.B. BARNETT 2012; FEATHERSTONE & KORF 2012; GEISER 2012; NORTH 2010; SPENCER 2012) und mit Bezug auf die staatliche Ebene der internationalen Klimaverhandlungen (z.B. KYTHREOTIS 2012), und auch mit der Betrachtung zivilgesellschaftlicher Akteure untersucht (z.B. CHATTERTON et al. 2013; FEATHERSTONE 2013). FEATHERSTONE und KORF (2012), die sich von der post-politischen These abgrenzen, geben beispielsweise einen Überblick zur Debatte über das Verständnis des Politischen, des erzeugenden Effekts durch das Politische und über verschiedene Interpretationen des Demokratischen. So sieht BARNETT (2012) z.B. das Politische getrennt vom Demokratischen, wobei letzteres auf Abwägung und Gegenüberstellung basiert. Im Gegensatz dazu gründet die RANCIÈRE'sche Politik auf einer radikalen Demokratie, in der jene im bestehenden System nicht Anerkannten anerkannt werden. Andere Autoren erklären mit der post-politischen These bestimmte soziale und politische Verhältnisse oder wenden sie auch auf bestimmte Fälle empirisch an (z.B. CELATA & SANNA 2012; DZUDZEK 2013; KENIS & MATHIJS 2014a, 2014b; KOTHARI 2013; MASON & WHITEHEAD 2012). Des Weiteren bemerken auch GOONEWARDENA und RANKIN (2004) und SADER (2002) ein Verhalten von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) jenseits radikaler Demokratie und Forderungen innerhalb des neoliberalen kapitalistischen Systems, anstelle das System selbst zu hinterfragen und Alternativen zu benennen.

KENIS und MATHIJS (2014a) vergleichen die Anforderungen an ein politisches Subjekt gemäß Rancière, Mouffe und Laclau mit dem Widerstand der NGO Climate Justice

Action (CJA). Die vorliegende Arbeit hat den Widerstand des Climate Action Network International (CAN) in den internationalen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (UN) auf seinen politischen Charakter gemäß politischer Definitionen in erster Linie nach SWYNGEDOUW überprüft. CAN ist ein Netzwerk von über 950 Umwelt-NGOs, das sich für deren Interessen im Sinne einer nachhaltigen Umwelt und eines mildereren Klimawandels einsetzt (CAN 2015). Kapitel 2 soll zunächst einen Überblick über das internationale Klimaregime und seine Strukturen, vor allem in Bezug auf NGOs, geben. Darauf folgt im 3. Kapitel eine Erläuterung des post-politischen Arguments und der Anforderungen, die insbesondere gemäß BUTLER (2006, 2011 [1993]), RANCIÈRE (2006, 2008) und SWYNGEDOUW ein politisch handelndes Subjekt zu erfüllen hat. Um als Widerstand im Klimaregime politisch zu agieren, muss dieser die Logik des neoliberalen Rahmens aufgreifen und umkehren, sodass der Widerstand in der bestehenden RANCIÈRE'schen polizeilichen Aufteilung Anerkennung erhält. Dabei muss weiterhin das Ökonomische als „politisches“ (polizeiliches) Instrument im Kapitalismus abgelöst werden, damit Dissens wieder möglich wird (SWYNGEDOUW 2007). Um den demokratischen Anforderungen im Sinne des Politischen gerecht zu werden, müssen alle Möglichkeiten, die für eine Neugestaltung der bestehenden Verhältnisse existieren, berücksichtigt werden. Dies erfordert eine Anerkennung der verschiedenen sozialen Gruppen und ihren individuellen Interaktionen mit der Umwelt (ebd.). Außerdem verlangt SWYNGEDOUWS Ansatz die Betrachtung des Klimawandels und der Klimapolitik aus einer Perspektive, die einer geographischen Sichtweise entspricht (z.B. HULME 2008). Denn die Geographie erfasst die Problematik des Klimawandels sowohl aus naturwissenschaftlicher, als auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht.

Um die Hauptmotivationen von CAN herauszufinden, wurde mit der Methode der Grounded Theory ein Konzept über die Beweggründe von CAN herausgearbeitet. Das Konzept nach dieser Methode, die in Kapitel 4 vorgestellt wird, erfasst die Pfadabhängigkeit der Handlungsweisen der Organisation (z.B. GEISELHART et al. 2012; CHARMAZ 2006), wie es im radikal demokratischen und politischen Sinne erforderlich ist. Während der Klimaverhandlungen der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) publiziert CAN regelmäßig den Newsletter ECO und veranstaltet kurze Inszenierungen und Auftritte, genannt „Fossil of the Day“, über die CAN danach berichtet. Diese drei Formen des Ausdrucks wurden ausgewertet und analysiert. „Fossil of the Day“ ist ein Preis, den CAN bei den UN-Klimaverhandlungen an das Land vergibt, das sich in den Verhandlungen am wenigsten nach CANs Vorstellungen und Prinzipien verhält. Im Anschluss an die Analyse der Handlungsweisen, die CANs Widerstand prägen, und an die Herausstellung von CANs Motivationen in Kapitel 5 wurden diese nach den zuvor dargelegten Anforderungen an das politische Subjekt untersucht. Wie auch einige andere NGOs, z.B. CJA oder die Pan African Climate Justice Alliance (PACJA), vertritt auch CAN das Argument der Klimagerechtigkeit. CHATTERTON et al. (2013) und FEATHERSTONE (2013) vertreten die Auffassung, dass das Argument der Klimagerechtigkeit einen politischen Raum bietet. KENIS und MATHIJS (2014a) jedoch stellen in CJAs Engage-

ment für Klimagerechtigkeit post-politische Eigenschaften fest. Ähnliche Ergebnisse brachte auch die vorliegende Untersuchung von CAN zutage, da CAN Klimagerechtigkeit und öffentliche Klimafinanzierungen fordert und es einerseits schafft, das neo-liberale Gefüge zu entkräften. Dabei zeigt sich ein besonderes Potential der rhetorischen Mittel Humor und Satire, durch die CAN die Logik der Nicht-Anerkennung von Widerstand im Neoliberalismus umkehrt. Andererseits bewegt sich CAN aber weitestgehend im post-politischen Rahmen des Klimaregimes, indem überwiegend die internen Mechanismen des Klimaregimes anstelle seines äußeren Rahmens thematisiert werden und somit die Vielfältigkeit einer sozioökonomischen Ordnung nicht anerkannt wird. Und wie auch CJA lässt CAN somit keine „unvorhergesehene politische Zukunft“ (BUTLER 2006: 252) zu, die eine Neugestaltung der bestehenden sozioökonomischen Aufteilung ermöglichen würde.

2 Das internationale Klimaregime

Der Klimawandel ist ein multisektorales Phänomen, das auf allen Ebenen und in allen Ländern wirksam ist (z.B. TANNER & ALLOUCHE 2011). Daher gestaltet sich das internationale Klimaregime als ein komplexes Netzwerk zwischen verschiedenen staatlichen, interstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie erfüllen unterschiedliche Funktionen, sind z.B. an der Finanzierung beteiligt wie die Weltbank, oder betreiben wissenschaftliche Analysen wie das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), und sind auf unterschiedlichen Ebenen aktiv, um den klimatischen Wandel und seine Folgen überwiegend naturwissenschaftlich (siehe z.B. HULME 2008) zu mildern und zu managen. Im Folgenden sollen die wichtigsten Akteure genannt werden.

2.1 Die UNFCCC als Hauptakteur

Die Rahmenkonvention zum Klimawandel der Vereinten Nationen – die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) – stellt das Hauptelement der internationalen Klimapolitik dar. Sie trat 1994 in Kraft, nachdem sie von 154 Staaten unterzeichnet worden war. Zuvor veröffentlichte das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) seinen ersten Bericht zur Beurteilung des Klimawandels – bedingt durch den Anstieg der anthropogenen Treibhausgasemissionen – und seinen Auswirkungen. So war das Ziel der UN-Konvention eine Stabilisierung der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre, und die Industrienationen verpflichteten sich 1997 im Kyoto-Protokoll zur Reduktion ihrer Emissionen (BULKELEY & NEWELL 2010: 18; UNFCCC 2014a).

Das wichtigste Organ der Klimarahmenkonvention ist die Vertragsstaatenkonferenz – die Conference of the Parties (COP). Sie vertritt alle 195 Staaten, die der Konvention angehören (UNFCCC 2014a). Sie entscheidet über die Umsetzung und die Rechtsinstrumente des Abkommens und auch des Kyoto-Protokolls (ebd.). Das IPCC dient

der Überprüfung und Beurteilung sowie der Bereitstellung wissenschaftlicher Informationen zum Klimawandel, auf denen die Zielsetzungen der UNFCCC basieren. Das Hauptziel der UNFCCC ist eine Stabilisierung der Treibhausgase in der Atmosphäre, sodass eine zukünftige langfristige Störung des Klimasystems ausgeschlossen werden kann (UNFCCC 2014b). Im Zuge dieser Stabilisierung sollen sich Ökosysteme auf natürliche Weise an die Klimaveränderungen anpassen können sowie die Sicherheit einer nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion und wirtschaftliche Entwicklung sollen gewährleistet werden (ebd.). Das Ziel ist es, dass sich die Erdatmosphäre um nicht mehr als 2°C (auch 1,5°C stehen zur Debatte) über vorindustriellen Temperaturen erwärmt. Die Ziele der UNFCCC sollen durch Klimaschutz („mitigation“) und Klimaanpassung („adaptation“) erreicht werden. Klimaschutzmaßnahmen sind die Reduzierung von Treibhausgasemissionen und die Herstellung von Treibhausgassenken, insbesondere durch Initiativen der Industrieländer. Verschiedene, vor allem Markt-basierte Klimapolitikinstrumente, wie der Handel mit Emissionen, sollen hierfür Anreize setzen. Die Mechanismen der UN-Konvention sind in das System der freien Marktwirtschaft eingebettet (z.B. BULKELEY & NEWELL 2010), was in Zusammenhang mit dem Argument der Ent-Politisierung der Klimapolitik steht und worauf im weiteren Verlauf der Arbeit ausführlich eingegangen wird.

Bei der Klimaanpassung geht es darum, ökologische, soziale oder ökonomische Systeme an die klimatischen Veränderungen und ihre Auswirkungen anzupassen und so eventuelle Schäden zu verhindern. Initiativen zur Klimaanpassung sind in erster Linie für die Länder gedacht, die hinsichtlich des Klimawandels am vulnerabelsten sind. Durch Mechanismen wie „Loss & Damage“, das „Nairobi Work Programme“, „National Adaptation Plans“ und „National Adaptation Programmes of Action“ werden Wissen und Technologien vermittelt, um nationale Bedürfnisse zur Schadensminderung mittel- und langfristig zu adressieren (UNFCCC 2014c).

2.2 Klimaverhandlungen der UNFCCC und teilnehmende Akteure

Seit 1995 finden jährlich die UN-Klimakonferenzen statt, bei denen sich alle Vertragsstaaten treffen, um über die Klimaschutzmechanismen der UNFCCC zu beraten und zu verhandeln. Sie gestalten die internationale Klimapolitik in entscheidendem Ausmaß. Viele Akteure mit unterschiedlichen Interessen sind in die Verhandlungsprozesse der UNFCCC involviert. An dem Verhandlungsprozess der UNFCCC nehmen sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Institutionen bzw. Zusammenschlüsse teil. Auch multilaterale Beschlüsse, Institutionen, „Klubs“ (KEOHANE & VICTOR 2011: 10) oder informelle Foren wie die Gruppe der Sieben und die Gruppe der Acht (G7/G8), und die Gruppe der 20 (G20), die sich durch den Zusammenschluss mehrerer Regierungen formiert haben, spielen eine wichtige Rolle im Verhandlungsprozess. Ein Beispiel für den Zusammenschluss vulnerabler Staaten ist die Alliance of Small Island States (AOSIS), deren 44 Inselstaaten in Afrika, in der Karibik, im Mittelmeer, im Indik, im Pazifik und im Südchinesischen Meer (AOSIS 2015) durch ihre geringe Höhe über dem Meeresspiegel besonders verwundbar mit Hinblick auf die

klimatischen Veränderungen sind. Die Zusammenschlüsse zwischen den Ländern erleichtern die Gestaltung des Verhandlungsprozesses, weil Vereinbarungen bereits auf höchster Regierungsebene getroffen werden (BULKELEY & NEWELL 2010: 18). Da der Klimawandel eine Vielzahl von Sektoren betrifft, die miteinander interagieren, nehmen auch nicht-klimaspezifische Organisationen außerhalb der UNFCCC, wie z.B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), am Prozess teil (MICHONSKI & LEVI 2010: 5; TANNER & ALLOUCHE 2011: 2).

Dennoch erschwert die Vielzahl verschiedener Akteure die Einigung im Verhandlungsprozess. Bereits bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen entstehen Konflikte. Der Ausstoß von Treibhausgasen erfolgte, gemäß wissenschaftlichen Kenntnissen, bisher hauptsächlich durch die Industrieländer und besonders benachteiligt sind durch ihre hohe Vulnerabilität vor allem die Länder des globalen Südens (z.B. NEWELL 2005). Häufig steht zur Frage, wie die Industrieländer die vulnerablen Länder und Gemeinschaften finanziell und technisch unterstützen können und sollten, welches Land wie stark seine Emissionen einsparen sollte und welche Mechanismen und Instrumente die effektivste Wirkung haben (ebd.). Die Verantwortung wie auch die Folgen sind weltweit ungleich verteilt (ebd.). Die industriellen Prozesse jedoch bringen neben den ökologischen Schäden gleichzeitig ökonomische Vorteile. Die Interessen der Staaten divergieren daher oft, was die Einigung in den internationalen Verhandlungen erschwert. So z.B. beim 15. Treffen der COP 2009 in Kopenhagen, bei dem keine Einigung auf ein rechtsverbindliches Abkommen erreicht werden konnte, sondern nur unverbindliche Vereinbarungen verfasst wurden (Bundesregierung 2015). Des Weiteren sollte das 20. Treffen der COP 2014 in Lima (COP20) die Verhandlungen im Dezember 2015 (COP21) vorbereiten, bei denen ein neues rechtliches Abkommen zur Minderung der Treibhausgasemissionen ab 2020 beschlossen werden soll. Jedes Land soll vorbereitend für die COP21 im Dezember 2015 in Paris in Form sogenannter Intended Nationally Determined Contributions (INDCs) einen Plan für seine zukünftige Emissioneneinsparung einreichen. Diese INDCs sollen für ihre Vergleichbarkeit und die Messbarkeit der Ergebnisse gemeinsame Vorgaben besitzen (ebd.). Konkrete rechtsverbindliche und finanzielle Vorgaben für das Abkommen, das Ende 2015 in Paris entstehen soll, konnten aufgrund der vielen Uneinigheiten während der COP20 jedoch nicht beschlossen werden (GOLDENBERG 2014; BAUCHMÜLLER 2014). Bis zur Klimaverhandlung 2015 in Paris fanden und finden noch vorbereitende Treffen der Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action (ADP) statt, um Entwürfe für das Abkommen zu erstellen.

Eine Einigung zwischen den heute 195 UNFCCC-Mitgliedsländern und der Fortschritt in Richtung einer Lösungsfindung für die globalen ökologischen Probleme gestalten sich somit insgesamt schwierig und relativ langwierig. Einige Autoren begründen diesen mangelhaften Fortschritt sowie eine Fehladressierung ökologischer Probleme mit dem Argument der Ent-Politisierung der Klimapolitik, die in Kapitel 3 erläutert werden soll.

2.3 Nichtstaatliche Akteure

Neben Regierungs- und politikberatenden Organisationen haben auch einige Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) sowie Forschungsinstitute einen großen Einfluss in der internationalen Klimapolitik (z.B. BETZOLD 2013). Durch ihr konstantes Engagement und ihren Widerstand können sie die Klimapolitik beeinflussen, und können auch neue Perspektiven in den Verhandlungsprozess einbringen. Zu den Strategien und Methoden der NGOs, um die Delegierten der Verhandlungen und die Zivilgesellschaft zu adressieren, gehören beispielsweise Kampagnen und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft (z.B. ebd.; BINDERKRANTZ 2005). Sie haben auch die Möglichkeit, an Verhandlungsprozessen teilzunehmen und durch Lobbying zu intervenieren (ebd.; BULKELEY & NEWELL 2010: 19). Beispielsweise treten sie in Pressemitteilungen für ihre Standpunkte ein, oder halten während der internationalen UN-Klimaverhandlungen ihre eigenen Veranstaltungen und Stände als sogenannte „side events“, „other/outside events“ oder „additional activities“ (UNFCCC 2014d), die nach offizieller Anmeldung für NGOs (UNFCCC 2012) eine Möglichkeit darstellen, sich (kritisch) zu äußern. Sowohl während, als auch außerhalb der Klimaverhandlungen bringen NGOs ihre Meinung und Kritik zum Ausdruck und tragen zur allgemeinen Bewusstseinsbildung bei, auch über Internetauftritte oder Newsletter. Neben dem Newsletter ECO von CAN dient auch der Newsletter Earth Negotiations Bulletin (ENB) des International Institute for Sustainable Development (IISD) (IISD 2015) einerseits der kritischen Äußerung, und andererseits der Bereitstellung von Informationen über den Verhandlungsprozess. CAN ist ein Netzwerk von über 950 NGOs aus mehr als 100 Ländern (CAN International 2015), das stellvertretend für die Interessen der NGOs seine Standpunkte und Forderungen bei Verhandlungsprozessen wie beim Prozess des Kyoto-Protokolls (BETSILL 2008: 46f.) regelmäßig zum Ausdruck bringt. Manche Autoren (z.B. BINDERKRANTZ 2005) unterscheiden zwischen direkten und indirekten Aktivitäten, die jedoch nicht separat angewandt werden, sondern miteinander in Beziehung stehen. Eine Unterscheidung und Verortung des Widerstands soll bei der Analyse von CANs Handlungsweisen jedoch zunächst nicht erfolgen, da eine solche Annahme die Bildung einer Grounded Theory verfälschen würde (siehe Kapitel 4).

Andere wichtige internationale Organisationen, die bei den UN-Klimaverhandlungen auch als „Observer“ vertreten sind, sind z.B. die Pan African Climate Justice Alliance (PACJA), Climate Justice Action (CJA), Climate Justice Now! (CJN), Greenpeace, der World Wide Fund For Nature (WWF), Action by Churches Together Alliance (ACT Alliance), das International Institute for Sustainable Development (IISD), der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) und das Carbon Disclosure Project (CDP), um nur einige zu nennen (siehe UNFCCC 2014e). Ihre Zusammenschlüsse sind nicht in erster Linie territorial gebunden, sondern basieren auf gemeinsamen Werten. Sie streben meist eine stärkere Integration der Zivilgesellschaft im Klimaregime an (z.B. PACJA 2015a), und einige dieser Organisationen, wie CAN, CJA und PACJA, vertreten das Argument der Klimagerechtigkeit (z.B. FEATHERSTONE 2013; CHATTERTON et al. 2013; BOND 2011; KENIS & MATHIJS 2014a).

Sie kritisieren die Markt-basierten Strukturen der internationalen Klimapolitik – „trade liberalisation, privatisation, forest carbon markets, agrofuels and carbon offsetting“ (CJN 2015) –, die starke ungleiche Verhältnisse zwischen dem globalen industrialisierten Norden und dem globalen Süden hervorrufen (ebd.), und verlangen mehr Gleichheit im Klimaregime (PACJA 2015b).

2.4 Methoden und Präsenz von Climate Action Network International

Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der Präsenz von CAN in den UN-Klimaverhandlungen ab Beginn der COP20 in Lima, Peru. CAN als Organisation bzw. Netzwerk von Umwelt-NGOs (CAN International 2015) stellt Informationen über Diskussionen, Entscheidungen und Ergebnisse der Treffen der Staaten während der Klimaverhandlung, sowie über nationale Klimapolitiken, bereit, und nimmt gleichzeitig hierzu Stellung. Dies findet in allen drei untersuchten Formen des Ausdrucks statt: im Newsletter ECO, in der Preisvergabe „Fossil of the Day“ und in den darauffolgenden Berichten über die Preisvergabe. Diese Methoden sollen hier kurz vorgestellt werden. In Kapitel 5 wird detaillierter auf die Inhalte und Strategien von CAN eingegangen.

Die Newsletter werden täglich während jeder UN-Klimaverhandlung stellvertretend für die Mitgliedsorganisationen von CAN auf Englisch, Spanisch und Französisch publiziert. Viele Delegierte nutzen die Newsletter, um über den aktuellen Stand des Verhandlungsprozesses informiert zu sein (BETSILL 2008: 47). Sie werden täglich auf der CAN International Website¹ veröffentlicht und auf dem online-Netzwerk Twitter weist CAN darauf hin. Auch vor Ort wird der Newsletter als Handzettel verteilt. Die Newsletter haben immer eine Länge von zwei bis vier Seiten und berichten auch über den „Fossil of the Day“-Preis.

Der „Fossil of the Day“-Preis findet überwiegend auf Englisch, aber auch auf Spanisch statt. Er basiert auf Wahlen der CAN-Organisatoren, wie es der Sprecher – im Dezember 2014 in Lima war es Kevin Buckland – bei der Preisvergabe erwähnt. Der „Fossil of the Day“-Preis wird an diejenigen Länder vergeben, die nach CANs Meinung den Verhandlungsprozess am meisten aufhalten (siehe Kapitel 5). Die Preisvergabe findet regelmäßig vor Ort statt (UNFCCC 2014d). Sie gestaltet sich so, dass sich der Sprecher und einige „Schauspieler“, wahrscheinlich Mitglieder von CAN, an ein zufälliges Publikum vor Ort richten. CAN kündigt die „Fossil of the Day“-Aktion an, es werden jedoch keine Stühle für ein vorbestelltes Publikum aufgestellt, sondern Interessierte, die vor Ort sind, bleiben stehen und schauen zu. Die „Auftritte“ der Preisvergabe werden gefilmt und noch am selben Tag auf der Website von CAN International und auf dem Online-Videoportal YouTube hochgeladen. Die Inszenierung der „Fossil of the Day“-Preisvergabe findet seit 2009 jährlich an jedem Tag während der COP vor Ort statt (CAN International 2009; siehe auch UNFCCC 2014d) und dauert zwischen zehn und zwanzig Minuten.

¹ <http://www.climatenetwork.org/>

Die Videoberichte werden ebenfalls noch am selben Tag auf der Website von CAN International und auf YouTube hochgeladen. Buckland richtet sich hier, im Gegensatz zur Preisvergabe, offensichtlich nicht an ein größeres Publikum vor Ort, sondern an die Online-Zuschauer. Die Berichterstattungen finden am selben Ort wie die „Fossil of the Day“-Aktion statt. Sie erfolgen in englischer Sprache und dauern etwa zwei bis fünf Minuten.

Der Widerstand von CAN soll in Kapitel 5 auf seine Motivationen hin analysiert werden und diese mit den Anforderungen an politische Handlungen gemäß SWYNGEDOUW und auch nach BUTLER und RANCIÈRE verglichen werden. Dies soll zeigen, ob der Widerstand über das Potential verfügt, die ökologischen Probleme anders als in der bisherigen Klimapolitik, bzw. nach SWYNGEDOUW ihre tatsächlichen Ursachen zu adressieren.

3 Die These des Post-Politischen

Dieses Kapitel dient der Vorstellung der post-politischen Argumentation hauptsächlich nach SWYNGEDOUW, um nachher die Anforderungen an einen politischen Widerstand im Klimaregime herauszustellen.

3.1 Klimapolitik unter post-politischen Verhältnissen

Der Rahmen, in den das derzeitige Regime der internationalen Klimapolitik eingebettet ist, wird von SWYNGEDOUW (2005, 2007, 2009, 2010, 2011, 2013a, 2013b) als post-politisch, post-demokratisch und populistisch bezeichnet. SWYNGEDOUWS Argumentation greift vor allem die Theorien und Definitionen von Politik von CROUCH (2004), DIKEÇ (2005), MOUFFE (2002, 2005), RANCIÈRE (2006, 2008) und ŽIŽEK (2001, 2002) auf. Die Voraussetzungen dieser Theorien, um tatsächliche Politik zu betreiben, werden im Klimaregime nicht erfüllt. Entscheidungen, die zuvor auf staatlicher Ebene getroffen wurden, werden nun im Wesentlichen auf Ebene der internationalen Zusammenschlüsse des Klimaregimes getroffen (SWYNGEDOUW 2013a: 144). Damit werden staatliche Funktionen externalisiert und dezentralisiert, und neue internationale Akteure und Handlungen dominieren im Klimaregime. Die „Regierung des Stärkeren“ (RANCIÈRE 2008: 40) verschiebt sich vom Staat zu diesen Institutionen und Netzwerken von Akteuren. Diese „Umstrukturierung spielt sich in einem sich konsolidierenden neoliberalen ideologischen Gemeinwesen ab“ (SWYNGEDOUW 2013a: 144). Das Klimaregime gestaltet sich in Form einer Regierung jenseits des Staates und jenseits eines politischen Terrains, da stets das Ökonomische den Staat in seiner Rolle als politische Entscheidungsmacht ablöst (SWYNGEDOUW 2005, 2007, 2013a). Das Klimaregime basiert auf Markt-basierten Mechanismen, womit gemäß SWYNGEDOUW die Ursachen für die derzeitigen ökologischen Probleme nicht adressiert werden, da der Fokus weiterhin auf globalem Wirtschaftswachstum liegt, das ja die ökologischen Probleme überhaupt hervorgerufen hat. Systemkritische und ideologische

Diskussionen, die die einseitige ökonomische Fokussierung infrage stellen würden und „echtem“ politischen Handeln entsprechen würden, finden im Klimaregime nicht statt.

In der RANCIÈRE'schen polizeilichen Staatsordnung wird die Gesellschaft unter die Gesetze einer bestimmten Logik gestellt. Damit wird nach RANCIÈRE (2008) versucht, eine Demokratie auszulöschen, in der jedoch Widerstand (die sogenannten „Anteillosten“) eine Anerkennung erfahren würde (ebd.). Dasselbe geschieht auch innerhalb des Klimaregimes. Die Netzwerke zwischen Gruppen, Institutionen und Zusammenschlüssen regulieren (anstelle des Staates) das Regime und ihr politisches Tun findet in Form eines „managerhaften Regierungsansatzes“ statt. ŽIŽEK (2002: 303) formuliert dies folgendermaßen: „Staatliches Regieren wird zu einer betriebswirtschaftlichen Funktion umgedeutet und seiner genuin politischen Dimension beraubt“. Das bedeutet, dass Entscheidungen, Forderungen, und auch wissenschaftliche Kenntnisse über die globalen klimatischen Veränderungen, die von einer bestimmten Person/Gruppe oder einem bestimmten Gesetz ausgehen, z.B. der UNFCCC oder dem IPCC, von weiteren Experten, Eliten und Netzwerken nur verwaltet und ausgeführt werden. Nach ŽIŽEK (2001: 281f.) wird bei der bloßen Regulierung und Ausführung der Entscheidungen und Forderungen von Eliten das Tun allein auf seinen Inhalt reduziert, ohne, dass dieses selbst infrage gestellt wird. So zeichnet sich diese Form der Regierung durch Markt-basierte Handlungsweisen aus, die sich nur innerhalb dessen bewegen, was im Rahmen des bestehenden Systems möglich ist. Auch Diskussionen sind überwiegend technokratisch geprägt (SWYNGEDOUW 2007, 2010, 2013a), d.h. sie sind auf das Funktionieren durch Verwaltung *innerhalb* des „neoliberalen ideologischen Gemeinwesens“ (siehe oben) gerichtet. Dadurch sind und bleiben Leistungen und Handlungen innerhalb des Systems allgemein vergleichbar. Dies macht das Regime mit seinen Akteuren, Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen, berechenbar und führt dazu, dass sich bestimmte Strukturen verfestigen (GOONEWARDENA & RANKIN 2004; SADER 2002; SWYNGEDOUW 2013a).

Innerhalb dieser verfestigten „Polizeiordnung“ herrscht allgemeiner Konsens über die Prinzipien, die diese Ordnung gestalten. Bestimmte Definitionen und Prinzipien, z.B. des Naturbegriffs, verfestigen sich als universelle Wahrheiten (SWYNGEDOUW 2009). Die Natur wird allein auf ihre naturwissenschaftlichen Kennzahlen reduziert, gemäß derer sie als gefährdet gilt und nachhaltig sein soll (SWYNGEDOUW 2007; 2009: 373; 2010: 217; auch HULME 2008). Die vielfältigen Bedeutungen aber, die der Begriff „Natur“ je nach Perspektive annehmen kann, werden in einem technokratischen Rahmen nicht (an)erkannt (SWYNGEDOUW 2007, siehe unten). Diese einseitige, von Experten ausgehende Sichtweise auf die Natur wird im Klimaregime und von der allgemeinen Öffentlichkeit unkritisch übernommen und durch die Akteure des Klimaregimes, wie Wissenschaftler, Politiker, Aktivisten und Unternehmer, mobilisiert (ebd.: 21). Dieser konsensuelle Zustand der spätkapitalistischen Ära (SWYNGEDOUW 2005) wird von RANCIÈRE (2008) als „polizeiliche Ordnung“ bezeichnet, und wird weiterhin von SWYNGEDOUW und anderen Autoren als post-politischen und populistischen Zu-

stand definiert.

Das post-politisch und populistisch geprägte Klimaregime zeichnet sich nun durch einen allgemein verfestigten Konsens dahingehend aus, dass sich die Erdbevölkerung in einer apokalyptischen ökologischen Krise befindet (SWYNGEDOUW 2010: 215; IPCC 2014) und, dass es keine Alternative zum bestehenden technokratischen und kapitalistischen System gibt, in dem Regierungen, Eliten und Experten dominieren. Kritik und Widerspruch werden aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen (MOUFFE 2005; SCHMITT 1976) und „politische Eliten“ tragen dazu bei, den Konsens aufrecht zu erhalten (SWYNGEDOUW 2010: 215). So werden Dissens (RANCIÈRE 2008), Meinungsverschiedenheiten und Konflikte, die die vorherrschenden neoliberalen und kapitalistischen Strukturen anzweifeln, vom öffentlichen Terrain ausgelöscht. Der Neoliberalismus, der ein Liberalismus ist, in dem auch der Staat eine Rolle spielen kann (z.B. MAY 2008: 45), ruft diesen Zustand hervor und verstärkt ihn. Denn ein Liberalismus geht von einem harmonischen allgemeinen Konsens hinsichtlich einer Entscheidung aus, zu der alle Individuen gleichermaßen beigetragen haben. In dem Moment der Entscheidung würden jedoch Widerstand und Konfrontation die Entscheidung selbst verhindern, weshalb eben Widerstand und Meinungsverschiedenheiten im Neoliberalismus allgemein verneint werden (MOUFFE 2005: 10ff.). Eine grundsätzliche Infragestellung dieser bestehenden Ordnung und Prinzipien wird also unmöglich, da ein solches System keinen Raum für divergierende Meinungen und Entscheidungen zulässt.

Damit einher geht auch eine post-demokratische Situation (z.B. SWYNGEDOUW 2010, 2013a, 2013b), da eben Kritik von Seiten der Öffentlichkeit ausgeschlossen wird und jene „Teile und Anteile der Anteillosen“, das sogenannte „Supplement“ der Gesellschaft, nicht gezählt werden (RANCIÈRE 2008). RANCIÈRE (ebd.) bezeichnet diesen jetzigen Zustand als „polizeiliche Ordnung“ und die „Aufteilung des Sinnlichen“, in der eine „Übereinstimmung der Funktionen, Plätze und Seinsweisen“ (ebd.: 32) der sozialen Gruppen herrscht, und aus der das Supplement prinzipiell ausgeschlossen wird. Dies äußert sich darin, dass die Netzwerke der Institutionen gemeinsame Werte und Ansichten teilen und daher gemeinsame Ziele verfolgen, wie z.B. die starke Reduzierung der Treibhausgasemissionen, ein nachhaltiger Klimaschutz und eine nachhaltige Klimaanpassung. Meinungsverschiedenheiten existieren nicht bezüglich dieser Rahmen gebenden Werte und Ziele, und genauso wird auch das allgemeine Konzept des Begriffs „Natur“ nicht in seinen vielfältigen Bedeutungen anerkannt, sondern homogenisiert (SWYNGEDOUW 2009). Der Klimawandel wird im allgemeinen Diskurs als rein naturwissenschaftliches Phänomen betrachtet, und weniger aus Sicht der Sozialwissenschaften oder als interdisziplinäres Phänomen (z.B. HULME 2008; SWYNGEDOUW 2013b: 2). Auch strebt innerhalb des post-politischen Zustands die Mehrheit der Institutionen des Klimaregimes ein stabiles und nachhaltiges Klima an sowie eine Anpassung an dieses (siehe Kapitel 2), und setzt diese Bedeutungen des Natur- und des Klimabegriffs als allgemeingültig durch (SWYNGEDOUW 2009). Der Natur- bzw. Klimabegriff lässt sich in SWYNGEDOUWS konstruktivistisch geprägter Sichtweise jedoch nicht fixieren (ebd.). Die kritische Betrachtung der Ordnung im Sinne „echten“

politischen Handelns findet im post-politischen Rahmen nicht statt oder findet kein Gehör (ebd.).

Das populistische Verhalten innerhalb des post-politischen Zustands des Klimaregimes wirkt sich des Weiteren auf das allgemeine, auf breiter Übereinstimmung basierende Bild bzw. die Darstellung der Klimawandelkrise aus und erhält dieses aufrecht (SWYNGEDOUW 2010, 2013a). Einige Argumente, die nach SWYNGEDOUW besonders die populistischen Verhältnisse innerhalb des Klimaregimes auszeichnen, sollen hier kurz genannt werden. Erstens wird ein Bild des Klimawandels als allgemeine Bedrohung der Erdbevölkerung verbreitet, sodass „[die] Leute insgesamt“ (SWYNGEDOUW 2013a: 149), also eine homogene universalisierte Erdbevölkerung, als die Opfer der klimatischen Krise dargestellt werden. Die Verbreitung dieser starren apokalyptischen Bilder lässt Kritik und die Anerkennung der Bedeutungsvielfalt und Kontingenz der Natur und des Klimawandels erst gar nicht zu (SWYNGEDOUW 2009: 373; MOUFFE 2005), und hat eine Homogenisierung der Gesellschaft zur Folge. Und zwar in der Form, dass die Gesellschaft in verschiedene, homogene Gruppen eingeteilt werden (z.B. der globale Süden als vulnerabel und als Leidtragender, und der globale Norden als resilient und als „Geldgeber“). So wird das Bild der katastrophalen Bedrohung verstärkt (SWYNGEDOUW 2010: 221). Außerdem findet eine Externalisierung der Natur statt, mit der die Akteure ihr „politisches“ Handeln legitimieren. Diese Legitimierung verhindert, dass über weitere Gründe und Konsequenzen dieses Handelns reflektiert und diskutiert wird (siehe auch SWYNGEDOUW 2009: 385), wohingegen nach RANCIÈRE (2008: 39) „die politische Gemeinschaft eigentlich eine Gemeinschaft des Streits ist“. Natur und auch die „richtigen klimatischen Bedingungen“ (SWYNGEDOUW 2013b: 6) werden mit Wünschen, Sehnsüchten und idealisierten Vorstellungen aufgeladen, was auch ein kritisches Reflektieren über diese unterbindet. Solche reduktionistischen und einseitigen Vorstellungen von Natur können jedoch den „komplexen, chaotischen, oft unvorhersehbaren, grundlegend kontingenten, historisch und geographisch variablen, riskanten“ Naturen, von denen SWYNGEDOUW (2011: 261) ausgeht, in keiner Weise gerecht werden. Dies gilt auch für das CO₂, das als allgemeiner Feind dargestellt wird, der Instrumente wie Klimaschutzmaßnahmen und Emissionshandel zu seiner Bekämpfung legitimiert. In diesen Feind werden Ängste vor der Klimakatastrophe hineinprojiziert. Die Kommodifizierung des CO₂ reduziert es auf ein singuläres Phänomen, wodurch dessen Kontingenz und Relationalität nicht anerkannt werden (SWYNGEDOUW 2013b: 4). SWYNGEDOUW spricht von einem „Fetischisieren des CO₂“. Allgemein gilt es, den CO₂-Feind sofort zu bekämpfen und Maßnahmen zu ergreifen, denn sonst breite sich eine apokalyptische Katastrophe aus. Dies impliziert die dringende Notwendigkeit zu handeln. Das Prinzip „Gesellschaft gegen CO₂“ prägt die aktuelle sozioökologische Ordnung (SWYNGEDOUW 2007: 27).

Ein weiteres Merkmal der populistischen Regierungsform ist die bereits erläuterte technokratische Regulierung politischen Handelns durch Institutionen, Netzwerke und Zusammenschlüsse. Sie richtet sich ausschließlich an Eliten und lässt eine Neugestaltung der bestehenden neoliberalen ökonomisch orientierten Ordnung nicht zu.

Im Gegensatz dazu hat „[e]ine nicht-populistische Politik [...] das Ziel, die Elite zu beseitigen“ (SWYNGEDOUW 2013a: 150). Zudem ist die populistische Post-Politik dadurch geprägt, dass die „Politik“ ihren Handlungsbereichen keinen konkreten Namen gibt. Das bedeutet, dass die derzeitige Klimapolitik keine zukünftige Lösung für die ökologischen Probleme bietet und konkretisiert (SWYNGEDOUW 2010: 224; siehe auch MOUFFE 2002: 61). Es findet keine ideologische Diskussion über das Verständnis von Natur statt, und so wird auch nicht näher bestimmt, welche Natur überhaupt angestrebt wird (SWYNGEDOUW 2007: 19f.). Klimapolitik wird betrieben, ohne ihr ein echtes Subjekt zu geben, das für die Nachfrage nach Demokratie und nach einer Lösung zur Überwindung der Krise eintreten würde. Gerade dieses Subjekt jedoch macht gemäß RANCIÈRE „echte“ Politik aus, deren Bedeutung im Folgenden erläutert werden soll.

3.2 Die polizeiliche Ordnung

Die post-politischen, post-demokratischen und populistischen Verhältnisse des Klimaregimes entziehen jeglichem Handeln seine politische Dimension, sodass Klima- und Umweltpolitik auf ein Terrain der „polizeilichen Ordnung“ (RANCIÈRE 2008) gesetzt werden. RANCIÈRE (2008: 32) definiert die Polizei, die die post-politische Ordnung bestimmt, als gesellschaftliches Gefüge, in dem den Gruppen bestimmte „Funktionen, Plätze und Seinsweisen“ vorgeschrieben und zugeteilt sind, ohne, dass es einen Platz für ein „Supplement“ oder eine „Leere“ gibt. Diese „Leere“ vertritt das Infragestellen dieser Aufteilung, also einen Widerstand. Dieser wird in der neoliberalen Politik, der RANCIÈRE'schen „polizeilichen“ Ordnung, ausgeschlossen. Daraus folgt, dass es in dieser Ordnung keinen Raum gibt, in dem zwei oder mehrere Ordnungen einander entgegengestellt werden können, und der bestehende ideologische Rahmen (Neoliberalismus und Kapitalismus) kann überhaupt nicht herausgefordert und infrage gestellt werden. Durch seinen Widerstand würde das Supplement, also das eigentliche politische Subjekt, das ja die Ideologie selbst kritisiert, die Entscheidung selbst im neoliberalen System verhindern. Folglich ist auch eine Demokratie nicht mehr möglich, da gemäß RANCIÈRE (2008: 23) das Volk als Subjekt der Demokratie und der Politik nicht existiert, solange die Anteillosen in der Gemeinschaft nicht gezählt werden. In der Ordnung der Polizei – von RANCIÈRE „Aufteilung des Sinnlichen“, d.h. des sinnlich Wahrnehmbaren, genannt – ist die Auf-/Verteilung der Plätze und Funktionen der Menschen innerhalb der Gemeinschaft allgemein gültig und legitimiert (MUHLE 2006: 9). Das sprechende Subjekt, z.B. ein Polizist, ist, wie BUTLER (2006: 58) es formuliert, „zu seinem [...] Sprechen ermächtigt, weil [es] [...] zuerst [z.B. durch den Staat] angedet und dadurch in eine Sprachkompetenz eingeführt wurde“. Weiter folgt daraus, „da[ss] die Macht des sprechenden Subjekts immer in bestimmtem Maße abgeleitet ist und da[ss] ihr Ursprung nicht im sprechenden Subjekt selbst liegt“. Diese Macht wurde zuvor legitimiert, d.h. dem Sprecher zugeteilt, ohne dass er diese und sein Sprechen selbst kritisch betrachtet hat. Dieses spiegelt sich eben im neoliberalen Klimaregime wieder, das auf „managerhaftem“ Ausführen

basiert (siehe Kapitel 3.1). Die Klimapolitik wird durch allgemein gültige externalisierte Faktoren, wie die ökologische Krise, die bevorstehende klimatische Katastrophe und den allgemeinen Feind, das CO₂, legitimiert (z.B. SWYNGEDOUW 2009, 2010). Die Politik bzw. ihr Subjekt jedoch legitimiert sich allein durch sich selbst, und „[d]ie Politik kann sich durch kein Subjekt definieren, das ihr vorausginge“ (RANCIÈRE 2008: 9). Sie ist auch nicht vorhersehbar oder kalkulierbar. Die Kalkulierbarkeit aber ist ein Merkmal der derzeitigen post-politischen Ordnung (SWYNGEDOUW 2013a; siehe Kapitel 3.1).

3.3 Anforderungen an ein politisches Subjekt

Die Politik unterbricht nun die Logik, die Idee, die Intention und die Disposition des Handelns der polizeilichen Ordnung. Denn in der Politik existiert im Gegensatz zur Polizei das Supplement der Anteillosen, die das politische Subjekt selbst darstellen. Gerade die Artikulation und das anschließende Gehört Werden des Supplements – des Widerstands, der nicht in die polizeiliche Ordnung integriert ist – macht die politische Tätigkeit aus. Somit wird in der Politik die Logik der Polizei durch die Bedeutung der Anteillosen, also durch Artikulation des politischen Subjekts und durch seinen Widerstand gegen die bestehende Ordnung, durchbrochen. RANCIÈRE (2002) bezeichnet jene Artikulation auch als „Unvernehmen“. BUTLER (2006, 2011 [1993]) spricht in diesem Zusammenhang von politischen Sprechakten und von Performativität (siehe weiter unten). Die Ideologie bzw. die Logik einer Ordnung teilt den sozialen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft bestimmte Bedeutungen zu. So bestimmt die Logik einer Ordnung ihre soziale Konstellation und die Bedeutung der einzelnen Teile der Gemeinschaft. In der Politik, also durch die Artikulation des politischen Subjekts (d.h. des politischen, anerkannten Widerstands) werden verschiedene Ordnungen bzw. ihre Logiken gegenübergestellt (siehe auch MOUFFE 2005). Bei dieser Konfrontation der polizeilichen Ordnung mit einer anderen möglichen „Aufteilung des Sinnlichen“ entsteht Dissens, der die Basis der Politik darstellt (MUHLE 2006: 9). Der politische Konflikt stellt die Ordnung der Gemeinschaft infrage, sodass die Artikulation des politischen Subjekts zu einer Neugestaltung der bestehenden Ordnung führen kann. Darüber hinaus zeichnet sich gemäß SWYNGEDOUW (2007: 23) das tatsächliche politische Tun durch die Diskussion darüber aus, in welcher Natur die Menschen leben möchten. Dies erfordert zunächst eine Anerkennung der Vielfalt an Naturen, in der die Menschen leben, anstelle „Natur“ auf ihr bevorstehendes apokalyptisches Ende und ihre wissenschaftlichen Kennzahlen zu reduzieren. Anschließend erfordert das politische Handeln das Diskutieren und das begründete Auswählen zwischen diesen Naturen, um eine zukünftige Alternative für eine neue sozioökologische Aufteilung bestimmen zu können. Weiterhin ist durch die Zählung der Anteillosen, also die Anerkennung von Widerspruch und Widerstand, „[d]ie politische Tätigkeit [...] jene, die einen Körper von einem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war, oder die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde“ (RANCIÈRE 2006: 41).

Das Politische ermöglicht somit einen Raum, in dem eine Konfrontation von Antagonismen stattfinden kann (siehe auch MOUFFE 2005).

Das politische Subjekt ermöglicht also eine Konfrontation der Ideologien und Logiken der polizeilichen Ordnung mit anderen Ideologien und sozioökonomischen und -ökologischen Aufteilungen, d.h. es ermöglicht Dissens. Es bricht durch seine Artikulation mit der Konvention und muss, zumindest in Teilen, die bestehende Ordnung zerstören. Dieser Akt bedeutet Widerstand gegen die bestehende neoliberal und kapitalistisch geprägte Ordnung, in der die Gegenüberstellung verschiedener Ideologien in der Regel nicht möglich ist. Verfügt der Widerstand über das Potential, durch seine Äußerung die existierende Ordnung kritisch zu hinterfragen und dabei anerkannt zu werden, kann er als *politisches* Subjekt bezeichnet werden (siehe auch BUTLER 2006: 250). So aktiviert es durch seine Artikulation gleichzeitig die Demokratie, da sich nun jene äußern können, die sonst nicht gehört werden (siehe auch DIKEC, 2005). BUTLER (2006), die sich auch auf Derrida bezieht, spricht hier von einem performativen Akt, mit dem „Subjekte gebildet und reformuliert werden“ (ebd.: 249). Wie auch das politische Subjekt nach RANCIÈRE stellt BUTLER die Anforderung, dass dieses Subjekt keiner „vorgängigen Autorisierung“ oder Legitimität unterliegt (ebd.: 250). Das politische Subjekt stellt der ökologischen Krise etwas „Positives“ gegenüber, das die revolutionäre, schöpferische Wirkung einer Neugestaltung der bestehenden Ordnung erzielen kann (SWYNGEDOUW 2010: 224). So kann es die bestehenden Kontexte, Normen und Gewohnheiten auflösen und eine unkalkulierbare „unvorhersehbare Zukunft eröffne[n]“ (BUTLER 2006: 223; 227) – nicht aber im Sinne eines bevorstehenden apokalyptischen Bildes der Erde durch CO₂-Überschüsse, sondern, indem eine tatsächliche Zukunft als alternative, neue sozioökonomische und sozioökologische Logik, in der sich eine Gesellschaft bewegt, eröffnet wird. BUTLER spricht auch davon, den „autorisierten Diskurs [zu] *enteigne[n]*“ (ebd.: 246, Hervorhebung im Original). Auch „das Aussprechen des Unsagbaren“ (ebd.) durch eine performative Äußerung als politischer Widerstand entspricht dem politischen Prinzip RANCIÈRES (siehe Kapitel 3.2). Die körperliche Ausführung im performativen Sprechakt dient als rhetorisches Mittel, da die Äußerung zweifach – durch das Gesagte und das Körperverhalten – kommuniziert wird (ebd.: 237). Zudem soll ein politischer Widerstand nicht die Begriffe verwenden, die die gleiche Unterdrückung der Anteillosen hervorruft, wie es die bestehende Ordnung tut. Die Sprechakte sollen neue Ordnungen ermöglichen und die bestehenden Strukturen ändern (ebd.: 250ff.). Indem die existierende Ordnung samt ihren Ideologien und Logiken (im demokratischen Sinne) zitiert und aufgegriffen werden (BUTLER 2006: 59), möchte der politische Widerstand eine neue Realität einführen oder zumindest die Möglichkeit dafür bieten. Der Widerstand möchte „ein Subjekt in der Unterwerfung [...] zeigen und [einsetzen] sowie seine gesellschaftlichen Umrisse in Raum und Zeit [hervorbringen]“. Also ist sein Ziel, die Logik der bestehenden Ordnung sichtbar zu machen (BUTLERS Begriff der „Reiteration“) und dann herauszufordern, und zumindest in Teilen zu zerstören.

Wird nun im Klimaregime „Nachhaltigkeit“ angestrebt, muss nach SWYNGEDOUW (2007: 37f.) für diesen Begriff benannt oder gefragt werden, wer oder was genau in-

wiefern nachhaltig sein soll, wie genau und durch wen Nachhaltigkeit erzeugt wird, und wer davon profitiert oder dadurch benachteiligt ist. Daraus folgt, dass zunächst soziale und sozioökologische Beziehungen entwirrt und aufgezeigt („reiteriert“, siehe BUTLER 2006) werden müssen und auch, inwiefern diese von ökologischem Wandel (wie dem Klimawandel) betroffen sind. Denn ökologische Veränderung hat je nach „Klassen-, Geschlechter-, ethnischer oder anderer Machtstrukturen“ (SWYNGEDOUW 2007) unterschiedliche soziale Auswirkungen. Ein „echter“ politischer Akt erfordert nun die Entwicklung von Strategien, die eine gerechtere und demokratischere Verteilung sozialer Machtstrukturen als zuvor und eine demokratischere Produktion von Naturen erlauben. Das bedeutet, dass eine Gesellschaft und der Begriff der Natur beide in ihrer existentiellen Vielfalt betrachtet werden müssen. Um sich nicht auf die reine naturwissenschaftliche Betrachtung des Klimawandels zu fixieren, betont HULME (2008) die wichtige Rolle der Geographie. Denn eine geographische Perspektive betrachtet den Klimawandel und die Natur auch aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, einschließlich ihrer Wirkung auf andere Systeme sowie interner Veränderungen durch externen Wandel. Verschiedene Naturen und soziale Strukturen, die einander völlig unterschiedlich sind, müssen in einer „echten“ demokratischen Politik anerkannt und einander gegenübergestellt werden.

Um einen politischen und demokratischen Widerstand zu leisten, muss also durch die jeweiligen Akteure ein Raum geboten werden, in dem die Vielzahl unterschiedlicher sozioökonomischer und sozioökologischer Ordnungen anerkannt wird und diese einander gegenübergestellt werden, sodass Dissens entstehen kann – Dissens zwischen der Logik der bestehenden polizeilichen Ordnung und einer völlig neuen Logik, die zu einer sozioökonomischen und sozioökologischen Neugestaltung der Gesellschaft führen würde. So können nach SWYNGEDOUW die tatsächlichen Ursachen des Klimawandels als Folge der neoliberalen wirtschaftlich orientierten Ordnung adressiert werden. Dazu muss zunächst das neoliberale Gefüge aufgebrochen werden, da Widerstand im Neoliberalismus keinen Platz hat. Dies verhindert, dass die bestehende Ordnung grundsätzlich verändert werden kann. Denn wird nur über die Mechanismen innerhalb dieses Rahmens diskutiert, bleibt der sozioökonomische Rahmen erhalten und eine Neugestaltung dessen bleibt unmöglich. Jene, die sich in diesem bestehenden System nicht ausdrücken können, müssen also die Möglichkeit dazu erhalten und anerkannt werden. Politischer Widerstand, der diese Logik eines anteillosen Widerstands aufbricht und so dem Widerstand eine Stimme in der Gemeinschaft gibt, kann die Ordnung durch ihr Infragestellen ändern. Erhält der Widerstand eine Stimme, so wird das neoliberale Gefüge, das die Ordnung umgibt, zumindest in Teilen aufgelöst. Indem weiteren, als allgemeingültig verfestigten Logiken und „Wahrheiten“, wie das Prinzip des „Ökonomischen‘ als politische Instanz“ (SWYNGEDOUW 2007: 38) im Kapitalismus, neue alternative Logiken gegenübergestellt werden – und jene Gegenüberstellung in der Gesellschaft gehört wird – wird politischer Widerstand ausgeübt. Dem Ökonomischen soll das Politische als Raum der Diskussion und Entscheidung vorausgesetzt werden (ebd.). Dadurch wird auch die Anerkennung der Kontingenz des Natur- und des Klimabegriffs möglich, d.h. Natur wird nicht mehr auf

ihre wissenschaftlichen Kennzahlen reduziert, sondern ihre verschiedenen Bedeutungen werden benannt und sie werden Thema politischen Dissenses. So darf der Widerstand den Naturbegriff und die Menschheit nicht homogenisieren und als all-gemeingültig durchsetzen.

3.4 Kritik an der post-politischen These

Kritische Meinungen gegenüber dem post-politischen Argument behaupten, die Auffassung von politischem Handeln als Streit durch Gegenüberstellung, einhergehend mit einer „radikalen Demokratie“ (z.B. BARNETT 2012), als die einzige Art und Weise von politischem Handeln zu betrachten, sei zu reduktionistisch (z.B. ebd.; CHATTERTON et al. 2013; FEATHERSTONE 2013; FEATHERSTONE & KORF 2012; GEISER 2012; SPENCER 2012). CHATTERTON et al. betonen beispielsweise, dass neue und produktive Ideen aus *verschiedenen* Arten von Streit und auch aus Streit („contestation“) und Antagonismen entstehen können, die *innerhalb* eines Gefüges, z.B. auf nationaler Ebene, stattfinden. Aus Sicht von FEATHERSTONE und KORF (2012: 665f.) ist es notwendig, die verschiedenen Geographien, aus denen ein Streit entstehen kann, aufzuspalten. Auch BARNETTS (2012) Definition der Demokratie berücksichtigt die Normativität einer Demokratie, also die Relationalität von Antagonismen und von Abwägung („deliberative moments“), die einen demokratischen Prozess ausmachen. In dem SWYNGEDOUW für den politischen und demokratischen Akt reine konträre Antagonismen fordert, erwähnt er aber nicht den relationalen, interaktiven und multiplen Charakter der Antagonismen, obwohl er doch die Anerkennung einer Bedeutungs-vielfalt und Pfadabhängigkeit der Mensch-Umwelt-Interaktionen als demokratischen Akt sieht. Nach BARNETT (2012) und auch nach HONNETH (2007) hingegen basieren Antagonismen auf dem individuellen Erfahrungsschatz und der individuellen Empfindung von Ungerechtigkeit. Und diese Erfahrungen der Ungerechtigkeit, die verschiedene Ursprünge haben, führen zu transformativem politischen Handeln (BARNETT 2012: 680). Eine Demokratie, die „alle betroffenen Interessen“ (ebd.) einbeziehen möchte, wie es auch nach SWYNGEDOUWS Definition für Demokratie gilt, muss auch, so BARNETT, die Interessen verschiedener, jedoch nicht unbedingt konträrer Meinungen berücksichtigen. Somit sei auch Abwägung zwischen den Interessen, im Sinne einer normativen Demokratie, legitim. Dennoch kann eine Abwägung den Anforderungen SWYNGEDOUWS Definition von Demokratie im Sinne des Politischen nicht gerecht werden, da diese wiederum zu einem Ausschluss anderer Meinungen führt. Hier zeigen sich aber Grenzen von SWYNGEDOUWS Theorien, denn gemäß seinem Prinzip des Politischen kann Politik nur auf übernationaler Ebene, und nicht auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene betrieben werden. Denn wird nur von einer totalen Reorganisation des sozialen Gefüges und der sozialen Interaktionen ausgegangen, kann Politik nur auf globaler Ebene stattfinden.

Dies kritisieren z.B. auch CHATTERTON et al. (2013) und FEATHERSTONE (2013), die die Politik eher auf nationaler Ebene anwenden möchten. Daher fordern

FEATHERSTONE und KORF (2012: 665) auch eine Distanz vom zeitlichen Aspekt der politischen

Erzeugung, auf den sich SWYNGEDOUW in der totalen Reorganisation für die Zukunft konzentriert. FEATHERSTONE und KORF (ebd.) fordern einen stärkeren Fokus auf andere räumliche Ebenen, womit sie die Vielfalt an Definitionen und Dimensionen des Politischen betonen. Für das Problem des Klimawandels jedoch, der ja *global* auf allen Ebenen Auswirkungen hat, wäre es aber, zumindest als Ausgangspunkt, sinnvoll, politische Entscheidungen und Vereinbarungen übernational zu treffen. Und auch ist der Klimawandel ein Problem, das nach Aussagen des IPCC zukünftige Veränderungen erfordert. Hierbei gilt wieder SWYNGEDOUWS Argument einer totalen sozioökonomischen und sozioökologischen Reorganisation, und auch SADLER (2002) betont die erforderliche Reorganisation des gesamten Systems. Diese Reorganisation muss ferner verschiedene regionale sozioökologische Verhältnisse und Abhängigkeiten berücksichtigen, wie es SWYNGEDOUW (z.B. 2007) für einen demokratischen Akt verlangt. Es muss das gesamte übernationale System betrachtet werden, um Diskussionen jenseits des bestehenden neoliberalen kapitalistischen Rahmens führen zu können (auch SADLER 2002: 79).

4 Methodologie

Die anfänglichen, noch sehr offenen Forschungsfragen lauteten: Welche Forderungen werden angestellt? Was möchte das CAN erreichen?

Diese Fragen mussten zunächst beantwortet werden, um die Ergebnisse später auf das Politische zurückzuführen und mit den Anforderungen eines politischen Subjekts zu vergleichen. Die direkten Auswirkungen und Effekte, die die Äußerungen der Organisation eventuell mit sich bringen, waren jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht messbar. Es konnte also nicht gemessen werden, ob CAN etwas durch seine Artikulation erreicht hat, wie es z.B. bei DZUDZEK (2013) erfolgt ist, der eine Wirkungskette des politischen Widerstands hat feststellen können. Es konnte in dieser Arbeit nur festgestellt werden, wozu der Widerstand fähig sein *kann*, d.h. sein Potential wurde untersucht, nicht aber was er tatsächlich erreicht hat. Allein die Handlungen von CAN selbst und ihre Eigenschaften wurden analysiert und später auf ihren politischen Charakter hin überprüft. Auch die Kommunikationsprozesse zwischen CAN und seinen Mitgliedern sowie das Auswahlverfahren für neue Mitglieds-NGOs, die ebenfalls Aufschluss über CANs demokratisches Handeln geben könnten, waren nicht Gegenstand der Analyse.

4.1 Die Grounded Theory-Methode

Um eine möglichst umfassende Charakterisierung von CAN zu erhalten, eignet sich die Methode der Grounded Theory. Eine Grounded Theory liefert Antworten auf die obenstehenden Fragen nach Problemstellung und Absichten von CAN, die möglichst

nah an den Artikulationen der Organisation bzw. des Netzwerks liegen und nicht auf vorformulierten Hypothesen und Argumenten basieren (CHARMAZ 2006: 12). Eine Grounded Theory wird eine Theorie genannt, die (möglichst) ausschließlich auf ihrem zugehörigen empirischen Datenmaterial gründet (STRÜBING 2008: 13). Die Grounded Theory ermöglicht es daher, über die tiefsten Beweggründe und die höchsten Motivationen von CAN zu erfahren. Ohne Rücksicht auf voreingenommene Hypothesen fand eine qualitative Analyse der Daten statt. Denn sonst hätte der Arbeits- und Analyseprozess nicht den Prinzipien der Grounded Theory entsprochen. „Vorgefasste Fragestellungen“ hätten die Analyse verfälscht sowie das Konzept, das die Handlungsweisen von CAN erklärt, in seiner Fülle beschränkt (siehe GLASER 2007: 147f.). Somit wurde auch zu Beginn nicht von Unterschieden zwischen den Ausdrucksformen ausgegangen, sondern die verschiedenen Formen des Materials wurden zusammen bearbeitet, um möglichst viel über die Absichten der Organisation zu erfahren. Die einzigen Fragestellungen sind die nach bestimmten Handlungsweisen und Intentionen der Organisation (ebd.).

Als empirisches Datenmaterial dienten bestimmte Situationen der Preisvergabe, Berichterstattungen und Dokumente, in denen die Organisation ihre Forderungen und Ziele zum Ausdruck brachte und bringt (siehe Kapitel 2.4). Objekte der Analyse waren hier der Newsletter ECO, der von der Organisation regelmäßig publiziert wird, sowie eine Reihe von Videos, die die Vergabe eines bestimmten Preises im Zuge der Aktion „Fossil of the Day“ zeigen und Interviews, in denen darüber berichtet wird. Sowohl die Publikation der Newsletter, als auch die Aufnahme der Videos fanden während der UN-Klimaverhandlungen statt. Über die „Fossil of the Day“-Kampagne waren die aktuellsten Videoaufnahmen zur internationalen Klimakonferenz im Rahmen der COP20 im Jahr 2014 in Lima, Peru, vorhanden, auf die für diese Arbeit zurückgegriffen wurde. Es wurde sich zunächst auf diese Klimaverhandlung in Lima konzentriert, da hierfür das aktuellste Videomaterial zur Verfügung stand. Dies bot in Ergänzung zum schriftlichen Material einen besonders breiten Einblick in das Leben der Forschungsteilnehmer, wie es für eine Grounded Theory erwünscht ist (CHARMAZ 2006). Über die COP20 hinaus wurden, für die Aktualität, die Newsletter der letzten ADP 2.10 für die Analyse herangezogen. Das Treffen der ADP 2.10 fand erst kürzlich im August/September 2015 in Bonn statt.

Für die Methode der Grounded Theory soll so wenig wie möglich im Voraus geplant werden, und so gilt es, sich von den zu Untersuchenden leiten zu lassen (CHARMAZ 2006) und dementsprechend das empirische Datenmaterial auszusuchen („Theoretical Sampling“, ebd.). Das Datenmaterial wurde entsprechend der Grounded Theory-Methode je nach Entwicklung im Forschungsprozess ausgewählt. Nun standen von CAN zwei unterschiedliche Formen von Datenmaterial zur Verfügung – schriftliches und audiovisuelles Datenmaterial. Das Videomaterial war beschränkt verfügbar, denn die Preisvergabe inklusive der Inszenierungen findet nur während der COP umfassend statt. Der Newsletter jedoch stand zu jeder Klimaverhandlung zur Verfügung. CANs Handlungsweisen konnten auf Basis dieses Datenmaterials ausführlich nach der Methode der Grounded Theory herausgearbeitet und analysiert werden. Denn

eine Grounded Theory kann aus verschiedenen Formen des Datenmaterials gebildet werden (CHARMAZ 2006: 14; GLASER 2007: 148).

Das gesamte Datenmaterial, schriftlich wie audiovisuell, wurde mit dem Programm ATLAS.ti für qualitative Datenanalyse bearbeitet und analysiert. Es ermöglicht alle für die Kodierung (siehe Kapitel 4.3) notwendigen Mechanismen und das permanente Zurückführen von dem entwickelten Konzept und den einzelnen Codes auf das Datenmaterial. Es wurde innerhalb des Datenmaterials und auch die Daten mit den Codes verglichen sowie die Zusammenhänge zwischen den entwickelten Konzepten und Codes aufgezeigt (CHARMAZ 2006).

Eine Grounded Theory „sieht die Ergebnisse ihrer Arbeit als Synthesen ihrer Einflüsse, Beobachtungen und ihrer theoretischen Pfadabhängigkeit in all ihrer Kontingenz“ (GEISELHART et al. 2012: 85). Diese „wahrheitsrelativistische“ Eigenschaft (ebd.: 84) der Grounded Theory war essentiell für eine konstruktivistische Perspektive in der Analyse, und auch CHARMAZ (2006) bezeichnet die Methode als konstruktivistisch. Eine solche Offenheit des Forschungsprozesses war wichtig bezüglich des Ziels dieser Arbeit. Sie passte zu den in Kapitel 3 vorgestellten Konzepten von Politik und Natur. Denn das Demokratische und daher Politische basiert gemäß SWYNGEDOUW (2009: 386) auf „radikaler Offenheit und der Erforschung vieler möglicher Zukünfte“ und der ganzheitlichen Betrachtung von Systemen mit ihren internen Veränderungen auf externen Wandel (SWYNGEDOUW 2007: 37f.). Die Methode musste diese Bedeutungs- und Interpretationsvielfalt berücksichtigen, denn so konnten die Sichtweisen und Ziele des zu untersuchenden Akteurs auf ihre kausalen Zusammenhänge hin interpretiert werden (CHARMAZ 2007: 98ff.). So würden vorgefasste Hypothesen eine Analyse verhindern, die alle möglichen Pfade und Resultate zu Beginn offenlassen soll. Dies entspräche nicht einem demokratischen Vorgehen im Sinne „echter“ Politik (vgl. SWYNGEDOUW 2007: 38).

„Die generierte Theorie erklärt das Vorherrschen bestimmter Handlungsweisen in einem Gegenstandsbereich mit dem Movers dieses Handelns, das als Hauptanliegen der wichtigsten Akteure zum Vorschein kommt“ (GLASER 2007: 147). Durch die unvoreingenommene Beobachtung des Forschenden kann „die zentrale Problemstellung der Teilnehmenden im Feld [...] sowie deren Art und Weise der Problemklärung“ (GLASER 2007: 148) aufgedeckt werden. Die entstandene Grounded Theory bzw. das Konzept gibt Aufschluss über CANs Beweggründe, Motivationen, Sichtweisen und Problemstellungen und zeigt und erklärt ihre Ursachen und Reaktionen auf äußere Einflüsse (CHARMAZ 2006: 128). Dieser Ansatz bot die Entwicklung eines umfassenden, relationalen Bildes von CANs Motivationen. Anschließend konnten die einzelnen Komponenten des Weltbildes von CAN mit den Anforderungen an das politische Subjekt verglichen werden. Somit konnten Antworten auf Fragen z.B. nach Anerkennung der Kontingenz des Naturbegriffs und nach CANs eventueller Herausforderung der neoliberalen kapitalistischen Strukturen herausgestellt werden.

Dennoch ist die Grounded Theory das Ergebnis von Interpretationen, und ist daher keine exakte Darstellung des Weltbildes von CAN (GEISELHART et al. 2012: 10),

sondern nur eine Annäherung an dieses. Dieser konstruktivistische Ansatz bedeutet auch, dass die Ergebnisse ebenfalls vom Forscher selbst abhängig sind; eine Objektivität kann nicht gewährleistet werden – ist aber auch nicht das Ziel konstruktivistischer Herangehensweisen (vgl. CHARMAZ 2006). Weiterhin kann keine Vollständigkeit bzw. Endgültigkeit der resultierenden Theorie zu CANs Intentionen gewährleistet werden. Stattdessen wurde das Material solange bearbeitet und analysiert, bis aus dem Datenmaterial keine neuen Erkenntnisse mehr gezogen werden konnten und die Theorie aus Sicht des Forschers als bestätigt und in sich schlüssig erschien. Jedoch ist der Prozess der Theoriebildung ein niemals abgeschlossener, denn die Beendigung der Forschung gilt, wie GLASER und STRAUSS (2006 [1967]: 40) es formulieren, bloß als eine „[P]ause“ des niemals endenden Prozesses. Auch deshalb ist das Vorgehen kein objektiver Prozess, sondern die Verantwortung trägt der Forschende (GEISELHART et al. 2012: 91, GLASER & STRAUSS 1979: 96). Es auch kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich das Weltbild und die Ziele der zu untersuchenden Gruppe mit der Zeit nicht ändern, da diese in ständiger Wechselwirkung mit äußeren Einflüssen stehen. Zumindest kann aber angenommen, dass CAN seine Ziele bis mindestens der nächsten COP21 weiterverfolgen wird und sie bis dahin nicht grundsätzlich ändern wird.

4.2 Ethnographische Beobachtungen

In einer ethnographischen Forschung beobachtet der Forscher eine bestimmte Gruppe und ihre Handlungsweisen innerhalb ihres Umfeldes während bestimmter Zeiten und nimmt innerhalb dieser Zeit an ihrem Alltag teil, um so viel wie möglich über ihre Sichtweisen zu erfahren (CHARMAZ 2006: 21f.). Beobachtet wurde die Organisation in den Videos, die auf dem Online-Videoportal YouTube und z.T. auf der Website der Organisation zur Verfügung stehen. Die Autorin selbst war in den aufgenommenen Situationen nicht anwesend, d.h. die audiovisuellen Beobachtungen erfolgten aus zweiter Hand. Dies kann zur Vorenthaltung bestimmter akustischer oder visueller Informationen geführt haben, was bei der Forschung aber auch nicht unbedingt auffallen muss. Obwohl der Eindruck eines umfassenden und genügenden Datenmaterials für diese Untersuchung besteht, ist es möglich, dass bestimmte Informationen nicht zutage getreten sind. Die Bereitstellung der Informationen war in diesem Fall vom Kameramann und vom technischen Equipment abhängig, worauf die Autorin keinen Einfluss nehmen konnte. Auch war die Forschung auf reine, passive Beobachtung nur bestimmter Zeitabschnitte in einem bestimmten Setting beschränkt. Eine Teilhabe am Geschehen ist nicht erfolgt, es konnten keine Fragen an Vertreter von CAN gestellt werden und ebenso hatte die Autorin keinen Einfluss auf das Setting. Dennoch bemerken CRANG und COOK (1995: 70), dass das Medium Video keineswegs neutral ist. Was gefilmt und veröffentlicht wird, birgt Absichten und das Format bietet auch empirisches Material, das in den Analyseprozess einbezogen wurde. Bei der Beobachtung des Prozesses gaben die von CRANG und COOK (1995: 73f.) vorgeschlagenen Achsen eine Hilfestellung. Sie betreffen Aspekte der Durch-

führung („questions of practice“) und Aspekte des Bildes („questions of image“) und waren für die Analyse sowohl der formalen als auch der inhaltlichen Ebenen hilfreich. Auch hier ging es darum, das Weltbild von CAN zu analysieren, Problemstellungen, Sichtweisen und Absichten herauszustellen und mittels eines Konzepts nach Methodik der Grounded Theory zu erklären. Die Videos, die für die Forschung zur Verfügung standen, zeigen die Organisation bei der Vergabe des Preises „Fossil of the Day“ an bestimmte Länder während der Klimaverhandlung sowie die Berichte des Sprechers Kevin Buckland nach der Preisvergabe. Für eine Grounded Theory ist ein permanenter unbeschränkter Zugang zu neuem Datenmaterial zur Analyse und Theorieentwicklung optimal (CHARMAZ 2006). Die Möglichkeit dazu bestand in dieser ethnographischen Analyse jedoch nicht, da die Videoaufnahmen nur während der COP erstellt worden sind. Während des Treffens der ADP in Bonn konnte daher ausschließlich schriftliches Material herangezogen werden.

4.3 Kodierung

Der eigentlich niemals endende Arbeits- und Analyseprozess der Entwicklung einer Grounded Theory ist nicht linear (CHARMAZ 2006: 10). Es sollte aus dem Datenmaterial eine Theorie bzw. ein Konzept entwickelt werden, das die Handlungsweisen und Absichten von CAN erklärt. Bei der Bearbeitung des Datenmaterials konnten aus bestimmten Elementen der Daten, z.B. Handlungen, wie Appelle als bestimmte Formen der Äußerung, zunächst empirische Codes erfasst werden, die diese Elemente nach ihrer entsprechenden Eigenschaft bezeichneten. Diese ersten Codes beschrieben nur Handlungen und nicht Themen, da letztere zunächst eine Distanz zu CAN entstehen hätten lassen (CHARMAZ 2006: 48f.). Durch die Bezeichnung der Handlungen war eine Analyse in zunächst bestmöglicher Nähe zu der Organisation möglich, da ihre Perspektiven so zugänglicher wurden, als durch die reine Beschreibung von Themen. Dies half, „die Welt durch ihre [die zu untersuchende Gruppe] Augen zu sehen“ (ebd.), um später ein Bild von CANs Absichten zu erhalten. Beispielsweise wurde festgehalten, ob CAN den Leser/Zuschauer nun informierte oder ob eine Forderung, Ärgernis, Freude oder Lob ausgedrückt wurden. Zu den Codes wurden sogenannte Memos verfasst, die die Kodierung und Beziehungen zwischen den Codes erklärten und sortierten. Die Memos halfen auch bei der Abstrahierung und waren unverzichtbar für die Entwicklung und Entfaltung neuer Ideen (GLASER 2007: 155). Es war wichtig, so viel wie möglich zu kodieren, um eine breite Basis für die Grounded Theory zu erhalten und die Relevanz der Codes erkennbar werden zu lassen (GLASER 2007: 149f.). Alles Auffällige wurde erfasst, was auch mögliche Unterschiede zwischen den Formen des Ausdrucks einschließt (allerdings ohne zuvor von Unterschieden auszugehen, siehe Kapitel 4.1). Die Codes wurden immer wieder miteinander und mit dem Datenmaterial verglichen. Anschließend wurden theoretische Kategorien und Codes verfasst (ebd.), die die ersten Codes abstrahierten und deren Beziehung miteinander erklärten (CHARMAZ 2006: 57f.). Das Programm ATLAS.ti ermöglichte es beispielsweise, unterschiedliche Beziehungen zwischen den Codes

festzulegen und diese auch bildlich zu vernetzen, durch sogenanntes „axiales Kodieren“ (ebd.: 60ff.).

Es konnte durch weiteres Kodieren und Vergleichen z.B. erfasst werden, in welchen Fällen sich CAN auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des IPCC bezieht, warum und wem gegenüber Kritik ausgeübt wird, und für welche Äußerungen welche Form und welche (rhetorischen) Mittel gewählt wurden. Diese theoretischen Codes bzw. Hypothesen und Konzepte wurden erneut mit den handlungs-basierten Codes verglichen, um sie auf ihre Sättigung hin zu überprüfen und sie verdichten zu können. Das ständige Vergleichen und Zurückführen von Hypothesen und Kategorien konnte Aufschluss über die zentrale Motivation von CAN liefern, z.B. da sich bestimmte Handlungsmuster mit zentralen Themen miteinander in Beziehung setzen ließen. Die theoretischen Codes bildeten nun die Bausteine einer „Kernkategorie, die für den Großteil der Variation um das Anliegen oder Problem verantwortlich zu sein [schien]“ (GLASER 2007: 152). Diese Kernkategorie konnte die Handlungsweisen und Verhaltensmuster, die sich durch die Mehrheit der Kategorien zog, also z.B. durch bestimmte Forderungen, erklären.

Nach Herausstellen der Kernkategorie erfolgte das selektive Kodieren (ebd: 153), bei dem nur noch die mit der Kernkategorie in relevanter Beziehung stehenden Kategorien kodiert wurden. Die Zusammenhänge wurden hierbei weiter analysiert. Bei weiterem Vergleichen zwischen relevanten Kategorien und Vorkommnissen traten immer weniger Variationen auf, sodass sich diese Kategorien und Hypothesen des Konzepts verfestigten. Modifizierungen fanden nur noch in Form von Reduktion relevanter Codes durch ihre Reformulierung und Konkretisierung (ebd.) statt. Die Theorie bzw. das Konzept wuchs dann aus den erstellten analytischen Zusammenhängen und den relevantesten Codes. ATLAS.ti ermöglichte es, immer wieder auf die ersten handlungs-basierten Codes und die Verbindungen zum Video- oder Textdokument zurückzugreifen. Dies war besonders wichtig für den Vorgang der Artikulierung des Widerstands, da dieser selbst bei anschließender Bearbeitung der Fragestellung nach den politischen Eigenschaften von CANs Widerstand genauer betrachtet werden musste (siehe Kapitel 5.1). Es konnte also für die Diskussion über das politische Subjekt nicht ausschließlich auf das abstrahierende Konzept zu CANs Motivationen zurückgegriffen werden, sondern die genaue Wortwahl und die Performance selbst mussten zur Überprüfung in einen politischen Kontext gesetzt werden.

5 Der Widerstand von Climate Action Network

Im Folgenden sollen die Handlungsmuster, Argumentation und Ziele des Climate Action Network International (CAN) anhand der in Kapitel 2.4 benannten drei Formen der Artikulierung durch den Newsletter ECO, die Preisvergabe des „Fossil of the Day“ und die Videoberichte dargestellt und analysiert werden.² Die Analyse bzw. das

² Alle Newsletter von CAN sind unter <http://www.climateactionnetwork.org/eco-newsletters> und das gesamte Videomaterial unter <https://www.youtube.com/user/adoptnegotiator/videos> abrufbar.

Konzept als Resultat der Grounded Theory bezieht sich auf alle drei Formen des Ausdrucks und erklärt die Handlungsweisen der Organisation. Wenn Unterschiede oder Auffälliges bezüglich der Form bemerkt wurde, wird darauf im Text hingewiesen.³

5.1 CANs Sichtweisen auf den Klimawandel

In seiner Argumentation bezieht sich CAN fortlaufend auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel, mehrfach auf die des IPCC. CAN greift die wissenschaftlichen Aussagen auf, um zu begründen, wie die Ergebnisse der Klimaverhandlung und der COP21 in Paris auszusehen haben. Der Klimawandel bedeutet dementsprechend für CAN eine globale Erwärmung und häufigere Extremwetterereignisse. Die globale Erwärmung habe einen Meeresspiegelanstieg durch das Schmelzen der Gletscher zur Folge. CAN betont stets die globalen sozialen und ökologischen Herausforderungen, die der Klimawandel hervorrufe, wie z.B. eine Versauerung der Ozeane, Überflutungen, Dürren, Wasserknappheit, der Verlust von Land und Biodiversität sowie wirtschaftliche, gesundheitliche und Infrastrukturprobleme. Um die katastrophalen Ausmaße und die Dringlichkeit, den Klimawandel zu bremsen, zu verdeutlichen, lässt CAN z.B. eine Frau sprechen, die über ihr Leid durch die Folgen der Taifune in den Philippinen spricht (Video vom 04.12.14, ab 09:30). Verursacht werde der Klimawandel entsprechend CANs naturwissenschaftlichem Verständnis des Klimawandels durch die Nutzung fossiler Energieträger und die Emissionen, insbesondere CO₂-Emissionen, in die Atmosphäre. Hierfür seien nach wissenschaftlichen Kenntnissen und CANs Überzeugungen vor allem die Industrieländer verantwortlich, weniger die wirtschaftlich schwächeren Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Ausmaße des Klimawandels werden als katastrophal dargestellt, von denen die gesamte Erdbevölkerung als Kollektiv betroffen sei („every new ton of carbon in the atmosphere is making *our* lives worse“ in ECO vom 02.12.14, S. 1). Die katastrophalen Folgen werden immer wieder genannt, um den Druck auf die Parteien während der Klimaverhandlung zu erhöhen, sodass sie (endlich) verpflichtende Maßnahmen konkretisieren und beschließen. Es seien jedoch die wirtschaftlich schwächeren Länder, die als besonders vulnerabel hinsichtlich der Folgen des Klimawandels gelten (z.B.: „Vulnerable countries have not only done the least to contribute to the climate change crisis, they are also the ones suffering the greatest loss and the severest damage from its impacts.“ in ECO vom 12.12.14, S. 1). Die vulnerabelsten Gemeinschaften im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels seien die Alliance of Small Island States (AOSIS), die Least Developed Countries (LDCs), die Independent Association of Latin America and the Caribbean (AILAC) und die Africa Group (Video vom 04.12.14, ab 11:59). Dadurch unterscheidet CAN zwischen entwickelter und

³ Alle schriftlichen und audiovisuellen Dokumente, die zitiert wurden, sind einzeln im Literaturverzeichnis unter CAN International (2014, 2015) aufgeführt.

sich entwickelnder besonders vulnerabler Welt, also zwischen globalem Süden und globalem Norden.

CAN möchte nun, dass der Klimawandel durch Klimaschutzmaßnahmen gebremst wird. Deshalb sollen die Ursachen des Klimawandels – die Nutzung fossiler Brennstoffe und die Emissionen – reduziert und bis spätestens 2050 ausgegliedert werden („divestment“ z.B. in ECO vom 09.12.14, S. 1). Daher fordert CAN mehr Investitionen in erneuerbare Energien, sodass bis spätestens 2050 eine 100 prozentige Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien erfolgt. Damit solle erreicht werden, dass die Temperaturen auf der Erde langfristig nicht über 2°C (im Vergleich mit vorindustriellen Zeiten), nach CAN besser nicht über 1,5°C, steigen – ein Ziel, das die Organisation immer wieder betont. Die Organisation sieht ein sehr großes Potential in der Nutzung erneuerbarer Energien, um eine nachhaltige und resiliente Entwicklung zu fördern, da erneuerbare Energien das langfristige Ziel des geringeren Temperaturanstiegs ermöglichen sowie auch neue Arbeitsplätze bereitstellen.

CAN ruft zwar regelmäßig zum Engagement aller Länder zur Lösungsfindung aus der Krise auf, appelliert aber besonders an die Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels, die zudem über das größte (finanzielle) Potential verfügen, um die Erde aus der ökologischen Krise zu retten. Sie sollen für ihre Schuld aufkommen und finanzielle und technische Unterstützung für die am stärksten betroffenen Gemeinschaften durch gesetzliche Verpflichtungen gewährleisten.

5.2 Werte und Ziele von CAN

Die Unterstützung vulnerabler Länder und Gemeinschaften entspricht CANs höchster Motivation: globale **Gerechtigkeit und Solidarität**. Diese Prinzipien haben sich im Laufe des Arbeitsprozesses als Kernkategorie, die alle Forderungen, Ansichten und Handlungsmuster von CAN erklärt und begründet, herausgestellt. Die wichtigsten Mechanismen, um Gerechtigkeit und Solidarität im globalen Klimaregime gewährleisten zu können, seien Klimaschutzziele, Unterstützung für die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und die Kompensation klimawandelbedingter Schäden durch den Loss & Damage-Mechanismus. Klimaschutzziele sollen weitere katastrophale Ausmaße durch den Klimawandel verhindern, Klimaanpassung solle das Leben mit den Effekten des Klimawandels durch nachhaltige und resiliente Entwicklung erträglicher machen und durch Loss & Damage sollen unvermeidbare Schäden kompensiert werden. Die Zielsetzungen und Strukturen innerhalb dieser Mechanismen der UN-Klimapolitik sollen nach CANs Überzeugungen wiederum auf Gerechtigkeit und Solidarität basieren. Gerechtigkeit bedeutet für CAN eine Gleichstellung und Anerkennung der Bedürfnisse und Rechte, insbesondere der Menschenrechte, aller Individuen und Bevölkerungsgruppen der Gegenwart wie auch zukünftiger Generationen weltweit im Klimaregime („to address the rights, needs, and perspectives of all individuals. It's the only way to ensure just and sustainable solutions to this planetary emergency“ in ECO vom 05.12.14, S. 2). CAN betont hierbei

auch die Gleichstellung der Geschlechter, da die Rolle der Frau in der Klimapolitik zu wenig anerkannt werde („It’s simple: failing to implement solutions that take into account the critical role of women and the importance of gender equality in tackling climate change undermines climate action.“ ebd.). Und auch die stärkere Berücksichtigung, als es derzeit in der Klimapolitik der Fall ist, jener zivilgesellschaftlicher Gruppen, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen seien, geht für CAN mit Gerechtigkeit einher.

Für die besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen verlangt CAN internationale Solidarität. Diejenigen Länder mit dem größten (finanziellen) Potential, also Industrieländer, sollen die schwächeren Länder unterstützen. Dies solle erfolgen, indem die wohlhabenden Länder in den Green Climate Fund (GCF) einzahlen und damit Anpassung und Klimaschutz finanziell unterstützen, wobei die Mittel des GCFs unter keinen Umständen für den Abbau und die Nutzung fossiler Brennstoffe in Anspruch genommen werden sollen. Denn dieses entspräche nicht dem Zweck des Fonds und widerspräche einem gerechten solidarischen Klimaschutz. Auch bedeutet Solidarität für CAN die Kompensation gravierender Schäden des Klimawandels durch die wohlhabenden Länder mit dem Loss & Damage-Mechanismus durch technische und vor allem finanzielle Mittel. Hierbei fordert CAN entgegen der Wünsche mancher Länder, wie z.B. Australien, die unbedingte Formulierung und Gleichstellung des Loss & Damage-Mechanismus mit den anderen Mechanismen im COP21-Text, und nicht getrennt von den anderen Teilen des Abkommens. Der Sprecher Kevin Buckland beschreibt den Wunsch des separaten Loss & Damage-Mechanismus als „divide and conquer“ (Video vom 04.12.14, ab 07:55) und kritisiert damit Handlungen eines „corporate capitalism“, der auf Eigennutz und Eigenprofit basiert. Dies widerspricht den solidarischen und fairen Anforderungen von CAN. Hier wird wieder mit wissenschaftlichen Kenntnissen argumentiert, die die Grenzen der Anpassung belegen und damit die Bedeutung von Loss & Damage bekräftigen.

Zentrale Mittel der Unterstützung und aller Möglichkeiten im Klimaregime sind für CAN öffentliche finanzielle Mittel und Investitionen, für die sich die Länder gesetzlich verpflichten sollen. Diese ermöglichen Vorhersagbarkeit, Kalkulierbarkeit und Planung für bedürftige, besonders vulnerable Länder und ermöglichen eben eine *gerechte* Unterstützung für diese Länder. Um einen gerechten Verhandlungsprozess zu erzielen, fordert CAN Transparenz während der gesamten Verhandlung. Hierzu sollen vielversprechende Regulierungen die optimale Bereitstellung von Informationen gewährleisten, z.B. durch Webcasts während bestimmter Konferenzen und auch durch die stärkere Integration der Zivilgesellschaft und von Forschungsinstitutionen in den Verhandlungsprozess. CAN sieht ein besonders großes Potential in den zivilgesellschaftlichen Zuschauern der Verhandlung, da sie über Expertenwissen und praktische Erfahrung verfügen sowie ergänzende Informationen für mehr Transparenz und Klarheit liefern können. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Verhandlungsprozess ermögliche die Entwicklung einer nachhaltigen Klimapolitik, die die Resilienz vulnerabler Gemeinschaften stärke. Denn so könne mehr auf die Bedürfnisse betroffener Gemeinschaften eingegangen werden und die einzelnen Mecha-

nismen wie Klimaschutz, Klimaanpassung und Loss & Damage können auf diese abgestimmt werden.

5.3 Strategien und Handlungsmuster von CAN

CAN stellt Informationen bereit und nimmt hierzu gleichzeitig Stellung. Dabei adressiert CAN die Besucher der Klimaverhandlung einschließlich der Vertreter der Länder vor Ort sowie jene interessierte Leser und Zuschauer, die die Videos und Newsletters online abrufen. Thematisiert werden von CAN immer die Geschehnisse der Klimaverhandlung vom Vortag und Ausblicke und Forderungen für zukünftige Entscheidungen der anwesenden Länder. Sowohl die Preisvergabe mit ihren Inszenierungen, als auch die Newsletter sind humorvoll gestaltet und haben meist einen ironischen, satirischen Klang, wodurch mit Humor und Übertreibung jene verspottet werden, die sich den Zielen und Werten CANs entgegensetzen und den Verhandlungs- und Entscheidungsprozess verlangsamen. Die Videoberichte sind, abgesehen von der Tatsache, dass sie über den ironisch gemeinten „Fossil of the Day“ berichten, weniger humorvoll und satirisch. Dennoch, wie auch der Newsletter und die Preisvergabe selbst, beinhalten auch die Videoberichte Kritik, da sie die Gründe für die Preisvergabe desselben Tages thematisieren. Damit dienen die Videoberichte mehr einer Kurzfassung der Hauptaussagen der Preisvergabe.

Die Preisvergabe besteht meist aus einer Begrüßung der Zuschauer vor Ort und der Aufforderung an die Zuschauer, das „Fossil of the Day“-Lied zu singen. Anschließend oder am Ende der Preisvergabe wird das Lied mit musikalischer Begleitung aus einem Lautsprecher gesungen. Darauf folgt eine kurze metaphorische Inszenierung der Ergebnisse und Entscheidungen der Klimaverhandlung, oder der Sprecher Kevin Buckland gibt eine kurze, oft ironische, Stellungnahme oder Anekdote zu einem bestimmten Thema, das kürzlich bei der Verhandlung diskutiert wurde. In den Inszenierungen und Stellungnahmen werden meist die Industrieländer als unwillig hinsichtlich Kooperationen und finanzieller Verpflichtungen dargestellt, und mittels Satire werden deren Entscheidungen banalisiert. Der „Fossil of the Day“-Preis wird dann an dasjenige Land oder diejenigen Länder vergeben, die einen nach CANs Vorstellungen *gerechten* Verhandlungsprozess verhindern („that have done the best at being the worst, that have done the most to do the least and to ensure that progress does not advance towards a just and binding climate agreement that this planet desperately needs“ im Video vom 05.12.14, ab 01:01). Dadurch verspottet CAN die Länder, die bezüglich einer rechtlichen Verpflichtung zögern oder dagegen argumentieren, da sie als Fossil dargestellt werden, was im Widerspruch zum von CAN angestrebten Fortschritt steht. Auch das „Fossil of the Day“-Lied handelt vom Scham und der Schuld („all the shame, all the blame“ im Liedtext), die die entsprechenden Länder auf sich ziehen, indem sie laut CAN einen gerechten und produktiven Verhandlungsprozess erschweren. Für die Preisvergabe werden Zuschauer aus dem Publikum, die aus dem entsprechenden Land stammen, auf ein Siegerpodest gebeten. Diese können manchmal auch Delegierte der Verhandlung sein. Es gibt zudem einen „Ray of the

Day“-Preis, der an die Länder vergeben wird, die während der Verhandlung aus CANs Sicht sinnvolle Einwände gebracht haben oder im eigenen Land Klimapolitik nach CANs Vorstellungen praktizieren. Um noch mehr Druck auf die Länder auszuüben, betont CAN, dass dieser Preis nur in seltenen Fällen vergeben wird. Auch im Newsletter folgt auf jedes Lob eine Aufforderung, weitere Initiativen in Richtung Fortschritt, Kooperation und Gerechtigkeit zu ergreifen.

Außerdem zeigt sich CANs Streben nach Gerechtigkeit und Solidarität, indem die Organisation umfassende Informationen für Leser und Zuschauer verschiedener Nationalitäten verständlich bereitstellt – ebenso, wie CAN es für das Klimaregime fordert, um globale Gerechtigkeit zu erzielen. Das Netzwerk trägt damit selbst zur Transparenz im Klimaregime bei, wendet also genau die Prinzipien an, die verwirklicht werden sollen. Dies erfolgt auch durch die Ratschläge und Richtlinien im Newsletter ECO sowie durch die Beantwortung von Fragen, um ein umfassendes Verständnis gewährleisten zu können. Denn es wird, z.B. nach Ausübung von Kritik im Newsletter, erläutert, was ein Land oder mehrere Länder im Sinne von CANs Zielen zukünftig besser tun können und was sinnvoller wäre, um zu einem Ergebnis und einer Einigung zu gelangen. Auf diese Weise und durch die Bereitstellung von Informationen über den Klimawandel und den Verhandlungsprozess sowie durch Richtlinien, Ratschläge und Hinweise für die Parteien vor Ort unterstützt die Organisation auch den Verhandlungsprozess. Dies erfolgt beispielsweise durch die Formulierung eines „Guide to Success“ (in ECO vom 09.12.14, S. 1) oder von „Do’s“ und „Don’t’s“ (in ECO vom 11.12.14, S. 2), in denen sich CAN an einzelne Länder richtet, oder durch die Beantwortung von Fragen zu Loss & Damage („Loss & Damage FAQ“ in ECO vom 01.09.15). Durch die Kommunikation der eigenen Argumentation und auch durch das Äußern von Kritik und die Erhöhung des Drucks auf die Delegierten der Klimaverhandlung möchte CAN seine Ziele, nämlich Gerechtigkeit und Solidarität im weltweiten Klimaregime, erreichen.

Immer wieder betont CAN die negativen Folgen des Klimawandels auf vulnerable Gemeinschaften, die bereits stark durch die Folgen beeinträchtigt sind, und veröffentlicht auch Appelle von Umwelt-NGOs und ihren Zusammenkünften, zu denen eingeladen wird (z.B. in ECO vom 04.12.14, S. 2). Dadurch stellt CAN sowohl in den Inszenierungen während der Preisvergabe, als auch im Newsletter ECO eine Verbindung zwischen den Delegierten der Klimaverhandlung und der Zivilgesellschaft her. Letztere erhält die Möglichkeit, sich zu äußern, sodass ihre Bedürfnisse von der Leserschaft und vom Publikum gehört werden und die Mechanismen besser und effektiver auf die Bedürfnisse Betroffener angepasst werden können, und somit wiederum mehr Gerechtigkeit und Solidarität für Betroffene ermöglicht werden. Die Dynamik im Verhandlungsprozess durch eine Anpassung einzelner Mechanismen an nationale Entwicklungszustände soll nach CANs Meinung auch mit Hilfe kurzer Zyklen der fünfjährigen Zielsetzungen gewährleistet werden. Denn diese vermeiden ein psychologisches und politisches „Lock-in“ und verhelfen zu regelmäßiger Kontrolle und der Entwicklung nachhaltiger Entscheidungen und somit auch zur Stärkung der Resilienzen. CAN kritisiert damit die Fokussierung auf ein- und dieselbe Funktionsweise und

Struktur eines Systems, die nach CANs Überzeugung nicht starr sein darf, sondern auf systeminterne Veränderungen reagieren muss. Die Quantifizierung der Klimaziele (Zählung der CO₂-Emissionen, Festlegung eines Temperaturziels) und der finanziellen Mittel helfe ebenfalls, einem solchen „Lock-in“ vorzubeugen, da so eine Kontrolle der Ziele, und folglich Gerechtigkeit, aufgrund der Vergleichbarkeit zwischen den Ländern leichter erreicht werden können.

Zeigen sich die Delegierten der Verhandlung bemüht, eine Einigung für die Beschlüsse über die Mechanismen des neuen rechtlichen Klimaabkommens, das bei der COP21 in Paris beschlossen werden soll, voranzutreiben und vor allem die Verursacher („culprits“) des Klimawandels (fossile Brennstoffe und Emissionen) auszugliedern, spricht CAN sein Lob aus und fordert weiteres Engagement dahingehend, z.B. mit der Vergabe des „Ray of the Day“-Preises. Denn wird der Klimawandel gebremst und das langfristige Ziel von 2°C (1.5°C) erreicht, ist für das Netzwerk CAN eine gerechte Welt mit weniger Leid, das durch den Verlust von Heimat und Besitztum oder durch Wasserknappheit und gesundheitliche Schäden verursacht werde, möglich.

Verhalten sich die Delegierten der Verhandlung nicht nach den Prinzipien Gerechtigkeit und Solidarität, d.h. lehnen sie Mechanismen des Klimaschutzes, der -Anpassung und des Loss & Damage ab, die zur Stärkung eines gerechteren Verhandlungsprozesses führen würden, leistet CAN Widerstand, indem Kritik und Druck auf Entsprechende ausgeübt werden. Es wird mit wissenschaftlichen Fakten und der Nennung bereits eingetretener negativer Folgen des Klimawandels argumentiert, um die Dringlichkeit des Handelns zu verdeutlichen. Die Online-Veröffentlichung der Videos und des Newsletters macht deutlich, dass CAN nicht nur vor Ort, sondern auch weltweit Informationen über die Klimaverhandlung und über sein Engagement bereitstellt und damit eventuell das Bewusstsein für den Klimawandel stärken möchte. Wird die Meinung von CAN weltweit ausführlich für Leser und Zuschauer verständlich gemacht, kann die Organisation weltweite Unterstützung erhalten, was den Druck auf die Parteien vor Ort zusätzlich erhöht. Auch zieht CAN die Prinzipien der UN-Konvention (ECO vom 06.12.14, S. 3) zu seiner Argumentation heran.

Darüber hinaus verwendet CAN eine Vielzahl rhetorischer Mittel. Hierzu gehören Personifizierungen (der Natur: „nature won't call for accounting tricks“ in ECO vom 05.12.14, der Atmosphäre: „l'atmosphère voit ce que nous faisons, pas ce que nous pensons“ in ECO vom 01.12.14, S. 2), rhetorische Fragen, Satire und Ironie (vor allem während der Preisvergabe), besonders viele Metaphern (z.B. „spaceship Earth“ in ECO vom 04.12.14, S. 1; „les rouages sont déjà en place“ in ECO vom 01.12.14, S. 1; „survival kit“ in ECO vom 04.12.14, S. 1; „climb out of our climate hole“ in ECO vom 06.12.14, S. 3), Assoziationen (z.B. zum Weihnachtsfest: „The Christmas stores are open all over Lima and the trees and decorations are going up“ in ECO vom 09.12.14, S. 1; „political winds shift as fast as teenage crushes do“ in ECO vom 03.09.15), Übertreibungen, direkte Appelle an entsprechende Adressaten und vielfach fällt die Wortwahl umgangssprachlich aus (z.B. „fresh science“ in ECO vom 02.12.14, S. 1). CAN stellt durch Umgangssprache und Appelle auch eine kollegiale

Beziehung und Verbindung zu den Delegierten her, und bezieht die Leser in seine Argumentation ein. Letzteres erfolgt auch mittels Assoziationen, um von möglichst allen Lesern und Zuschauern verstanden zu werden und CANs Forderungen besonders klar hervorzuheben. CAN wählt Humor und eine gewisse Saloppheit, um die bestmögliche Aufmerksamkeit seiner Leser und Zuschauer zu erlangen, sowie um Effekte dahingehend zu erzielen, dass die Parteien – vor allem mittels satirischer Inszenierungen – ihre Entscheidungen überdenken und infrage stellen. Während der Preisvergabe werden so z.B. die Klimapolitik und die Entscheidungen der Länder aufgegriffen und in einen völlig anderen Kontext geworfen. Vulnerable Länder werden als „Bunny Rabbit“ (Video vom 05.12.14, ab 08:21) dargestellt, ein finanzielles rechtliches Abkommen als den Kauf eines Gebrauchtwagens (Video vom 03.12.14, ab 05:00), der Bau eines Kohlekraftwerks, das Betroffenen buchstäblich den Boden unter den Füßen wegzieht, in Form körperlicher Gewalt (Video vom 02.12.14, ab 03:18) oder die Industrieländer beim Bezahlen ihrer Rechnung nach einem Dinner im Restaurant (Video vom 01.12.14, ab 01:42) – und dies alles in Form kurzer humorvoller satirischer Inszenierungen. Dadurch verspottet CAN die Aussagen und Entscheidungen der jeweiligen Länder durch Übertreibung, überspitzten Humor und Ironie und führt so den Delegierten ihre fehlerhaften Entscheidungen direkt vor Augen. Auch ermöglicht CAN es mit den Mitteln der Rhetorik, Klimapolitik in einen anderen Kontext zu setzen und sie aus neuen Blickwinkeln zu sehen.

Diese Art von Kritik kann das Interesse der Zuschauer und Leser wecken, da die Inszenierungen und die Texte ungewöhnlich und unterhaltsam sind. Durch die unterhaltsame Rhetorik kann CAN seine Adressaten, höchstwahrscheinlich einschließlich der Zielgruppe der Kritik, zum Nachdenken anregen, und sie dazu bringen, ihre Entscheidungen aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, der ihnen zuvor eventuell nicht in den Sinn gekommen sein mag. Auch die Betonung darauf, dass „Ray of the Day“-Preise, also Lobe, sehr selten vergeben werden, übt Kritik und Druck aus. Durch die Satire und die Kritik provoziert CAN seine Adressaten und übt Druck aus, wodurch CAN eine Änderung des Verhaltens derjenigen erreichen will, deren Handlungen die größte Reichweite haben, nämlich der Industrieländer. Das Verhalten der Länder soll sich in Richtung eines stärkeren Engagements für den Schutz der Weltbevölkerung vor den grundsätzlich negativen Folgen des Klimawandels ändern, wodurch mehr Gerechtigkeit und Solidarität im Klimaregime erzielt werden können. Im Newsletter wird ähnlicher Humor angewandt, wie während der Preisvergabe.

Die Newsletter haben neben dem Ausdruck von Forderungen bzw. Widerstand auch die Funktion der Information, was eine weitere Methode ist, neue Leser zu gewinnen und zu erhalten. Die Informationen über die Geschehnisse der Klimaverhandlung erhöhen den Nutzen aus der Lektüre und die Leserschaft kann somit vergrößert werden (vermutlich, da dies nicht gemessen wurde). Zu einer größeren Leserschaft und einem größeren Publikum kann auch der multilinguale Ausdruck CANs beitragen. In der Preisvergabe wurde Englisch und Spanisch gesprochen, und die Newsletter werden in den Sprachen Englisch, Spanisch und Französisch veröffentlicht. Eine primäre Funktion der Information konnte bei der Preisvergabe „Fossil of the Day“

nicht festgestellt werden, sondern sie dient in erster Linie dem Vorwurf (oder dem Lob) an die Parteien der Verhandlung. Die Videoberichte handeln von der Preisvergabe, weshalb hier die Funktionen der Information mit der des Vorwurfs und des Widerstands einhergeht. Die drei Formen des Widerstands nutzt CAN, um Druck auszuüben und seine Vorstellungen eines gerechten Klimaregimes publik zu machen. Sie beziehen sich aufeinander und unterstützen sich somit gegenseitig. Denn alle drei Formen haben die Funktion, Aufmerksamkeit auf die Organisation zu erregen – sowohl online, als auch vor Ort.

Insgesamt möchte CAN seine Motivation zu einem auf Gerechtigkeit basierendem Klimaregime auf seine Leserschaft und sein Publikum, einschließlich der Delegierten der Verhandlung, übertragen und zu mehr Solidarität aufrufen. Daher möchte CAN zu Aktivitäten und Entscheidungen, die zur Verwirklichung dieser Prinzipien führen, animieren und Impulse setzen.

6 Das politische Subjekt im Widerstand von Climate Action Network

In seiner Argumentation bezieht sich CAN auf wissenschaftliche Erkenntnisse insbesondere des IPCC, auf den sich CAN für alle Fakten zum Klimawandel bezieht. Daraus folgt, dass CAN vor allem die Beendigung der CO₂-Emissionen durch fossile Energieträger anstrebt, denn diese seien gemäß wissenschaftlichem Konsens der Hauptauslöser des Klimawandels. Das Netzwerk legitimiert somit sein Handeln und seine Argumentation durch die Erkenntnisse und Meinungen von Wissenschaftlern, denn die Organisation handelt, eben weil die Wissenschaft verkündet, die überschüssige Menge an CO₂-Emissionen bedeute gefährliche Ausmaße für die menschliche Bevölkerung. Regelmäßig betont CAN die „katastrophalen Ausmaße“, die die derzeitige ökologische Krise annehmen werde, wenn nicht baldmöglichst gehandelt („take action“) werde. Der Begriff der Natur wird allein auf ihre Gefährdung wie Biodiversitätsverlust und Versauerung der Ozeane reduziert, bzw. CANs Verständnis von Natur wird erst gar nicht detailliert erläutert („Let’s remember, nature won’t fall for accounting tricks“ in ECO vom 05.12.14, S. 2). Das Klima wird allein auf seine Erwärmung und die Extremwetterereignisse sowie die zerstörerischen Ausmaße reduziert, wie z.B. Taifune und Todesopfer in den Philippinen – basierend auf den wissenschaftlichen Kennzahlen des IPCC. Damit respektiert CAN nicht die konstruktivistische Perspektive auf den Naturbegriff und den des Klimas sowie geht nicht auf die pluralistischen Eigenarten (z.B. SWYNGEDOUW 2007) und die vielfältigen Bedeutungen von „Natur“ und „Klima“ ein. So wird auch das CO₂ auf seine bloße Rolle als „gefährliches“ Element in der Atmosphäre reduziert, das der Ursprung allen (zukünftigen) Übels und Leids sei, also der Grund für die Erwärmung der Atmosphäre sei, die das Gletscherschmelzen, den Meeresspiegelanstieg und als Folge die Zerstörung von ökologischen und menschlichen Systemen herbeiführe. Hier findet SWYNGEDOUWS (2010: 222) „Externalisierung des kollektiven Feindes CO₂“ statt. Dadurch greift die Organisation die Hauptelemente des post-politischen Diskurses (z.B. ebd.)

auf, legitimiert ihr Handeln durch einen wissenschaftlichen Konsens und schließt sich dem Konsens unkritisch an.

Auch trägt CAN zu einer Homogenisierung der Bevölkerung bei. Die Organisation stellt die gesamte Weltbevölkerung als kollektives Opfer der Klimakrise dar (siehe Kapitel 3.1). Die Weltbevölkerung sei als homogene Gruppe betroffen. Zudem unterscheidet CAN zwischen entwickelter und sich entwickelnder Welt, in letzterer seien die Menschen besonders vulnerabel und daher schützenswerter hinsichtlich der klimatischen Veränderungen, sodass sie in eine Sonderposition gestellt werden. Auch durch die Preisvergabe erfolgt eine Homogenisierung von Ländern, da der Preis jeweils an ein Land vergeben wird. Länder werden jeweils als homogenes Gefüge dargestellt und werden allein auf ihre (meist) unkooperativen und Klima-unfreundlichen Entscheidungen reduziert. Innere Heterogenität eines Landes existiert demnach nicht. CAN homogenisiert die Bedeutungen des Klimawandels, des CO₂ oder der Bevölkerung und setzt sie als allgemeingültig durch. Eine solche Geste spiegelt gemäß SWYNGEDOUW (2009) eine entschieden post-politische Handlung wieder, wie eben auch die Argumentation mit wissenschaftlichen Kenntnissen, ohne diese vorher kritisch zu infrage zu stellen. Damit bewegt sich die Organisation hauptsächlich im Rahmen der bestehenden Ordnung des Klimaregimes und ihres Konsenses bezüglich des Klimawandels. So auch, indem CAN über die Mechanismen und Technologien des Klimaregimes diskutiert, und nicht über ihren äußeren Rahmen, also ihre Ideologien selbst spricht (z.B. SADER 2002). So werden z.B. die Menschenrechte und die Prinzipien der UN-Konvention für die Argumentation von CAN herangezogen, die, wie auch im Klimaregime, technokratisch gehalten ist (SWYNGEDOUW 2007, 2010). Und damit trägt CAN zu einer Konsolidierung der bestehenden polizeilichen Ordnung bei (SWYNGEDOUW 2013a: 146).

Allerdings stellt die Organisation das kapitalistische, auf Profit und Privateigentum basierende System, in das das Klimaregime eingebettet ist, infrage und kritisiert es. Denn CAN fordert die Realisierung der Mechanismen durch *öffentliche* Finanzierung. Des Weiteren beschreibt CAN das Prinzip „divide and conquer“ (z.B. im Video vom 04.12.14, 07:55) als Eigenschaft des Kapitalismus, die vulnerable Bevölkerungsgruppen zusätzlich schwächt und benachteiligt, und kritisiert damit den Kapitalismus und jene Delegierte der Klimaverhandlung, die sich den kapitalistischen Prinzipien anschließen. CAN übt diese Kritik durch eine Inszenierung während einer Preisvergabe aus (ebd.). Der Sprecher illustriert die erhöhte Vulnerabilität einer Gemeinschaft und der einzelnen Teile des Abkommens durch ihre Trennung anhand von Eisstielstäbchen, die zu Bruch gehen, wenn sie einzeln, also voneinander getrennt, und nicht als Kollektiv existieren. Hierbei werden Merkmale des bestehenden Systems aufgegriffen. Die anschließende, offensichtlich ironisch gemeinte Aussage des Sprechers, man könne sich an den Schaden – das zerbrochene Stäbchen – anpassen, bricht jedoch allein nicht mit der Konvention. Der Kapitalismus wird in diesem Moment durch die Aussage allein nicht außer Kraft gesetzt, was BUTLER (2006) für die Artikulation eines politischen Subjekts jedoch voraussetzt. Allerdings stellt CAN die Entscheidungen der Länder durch die Satire grundsätzlich infrage, sodass die

Zuschauer, einschließlich provozierte Länder, dazu geleitet werden, sich die grundlegende Frage zu stellen, wieso sich die Parteien so verhalten. Ihr Verhalten wird als absurd und besonders dreist dargestellt, beispielsweise indem sich die Schauspieler, als Industrieländer, aus Bequemlichkeit weigern, ihre Rechnung nach einem Abendessen im Restaurant zu zahlen (Video vom 01.12.14, ab 01:42). Die Logik der wohlhabendsten Länder und Verursacher des Klimawandels, sich primär ökonomische Sorgen zu machen, anstelle sich um das Wohl der vom Klimawandel Betroffenen zu sorgen, wird herausgefordert. Dieser Logik werden in Form von Forderungen und Richtlinien hauptsächlich im Newsletter die Prinzipien von Gerechtigkeit, Solidarität und Kooperation sowie Integration der Zivilgesellschaft zwecks Transparenz, Zugang zu Informationen und dem Äußern regionaler Bedürfnisse entgegengesetzt. Tatsächlich von CAN angewendet werden diese Prinzipien durch die Bereitstellung von Informationen und die Möglichkeit für Betroffene, sich zu äußern. „Gerechtigkeit“ bleibt bei CAN dennoch ein Begriff, der sich weiterhin im bestehenden Kontext bewegt und seine konventionale Bedeutung beibehält (z.B. BUTLER 2006: 250ff.), denn CAN greift mit der Definition des Begriffs Elemente auf, die die Prinzipien des derzeitigen Klimaregimes charakterisieren, wie etwa die Verwirklichung von Klimaschutz durch finanzielle Regulierungen. Der Begriff der Gerechtigkeit verändert daher nicht grundsätzlich den existierenden Rahmen und eröffnet keine „unvorhergesehene politische Zukunft“ (ebd.: 252). CAN argumentiert weiterhin innerhalb dieses Rahmens und dessen, was „möglich“ ist, diskutiert über seine Mechanismen (z.B. SWYNGEDOUW 2010: 226, 2013a: 149) wie Klimaschutz und Anpassung und benennt keine konkrete alternative Zukunft, die mit „alten“ Kontexten brechen würde. Damit entsteht kein echter Dissens, der die polizeiliche Ordnung einer völlig verschiedenen Ordnung gegenüberstellen würde (RANCIÈRE 2008, siehe oben), und die Anforderungen an ein politisches Subjekt werden nicht erfüllt.

Auf der anderen Seite erkennt CAN eine bestimmte Vielfalt innerhalb einer Ordnung an, indem gesagt wird, dass sich „eine Menge“, z.B. Meinungen und Ziele innerhalb einer Gesellschaft innerhalb von fünf Jahren ändern kann (Videobericht vom 04.12.14, ab 00:53; ECO vom 06.12.14, S. 2) und daher Zyklen von fünf Jahren für die Formulierung neuer Ziele und Verpflichtungen gefordert werden. Damit strebt CAN eine Anpassung der Klimapolitik an den gesellschaftlichen Wandel an, respektiert also die interne Dynamik einer Gesellschaft und sieht sie nicht als ein statisches Gebilde. CAN vertritt daher die Ansicht, dass es keine dauerhaft feststehenden Prinzipien einer Ordnung gibt, die den Teilen der Gesellschaft einen festen Platz und eine aufgeteilte Funktion vorschreiben, wie es in RANCIÈRES polizeilicher Ordnung der Fall ist. Die Auffassungen von CAN bergen daher politische Tendenzen.

Weiterhin werden durch die humorvollen und satirischen Inszenierungen und durch die Kommentare des Newsletters Zustände und Merkmale des bestehenden Systems aufgegriffen und in andere Kontexte überführt. Die Videoberichte jedoch sind weniger bis gar nicht humorvoll gehalten. Sie beschränken sich auf eine weniger spektakuläre Form von Kritik. In der Logik der bestehenden polizeilichen Ordnung des Neoliberalismus sind Menschen, die Widerstand leisten, anteillos – sie haben im

neoliberalen System keinen Platz und finden kein Gehör (RANCIÈRE 2008, siehe Kapitel 3.2). In der gegenwärtigen Logik wird der Widerstand nicht anerkannt; es gibt nur Widerstand durch Anteillose, die anteillos bleiben und damit gewissermaßen „Verlierer“ des Systems sind, da sie nicht profitieren. Der überspitzte Humor und die Satire stellen den Widerstand und die Kritik jedoch nicht als anteillose „Verlierer“ und Leidtragende des Systems dar, sondern der Widerstand CANs nimmt die Rolle eines „Gewinners“ ein, der in bestimmter Hinsicht profitiert. Diejenigen, die den Widerstand ausüben, haben offensichtlich Freude an den Inszenierungen, geben sich auch im Newsletter oftmals vergnügt und bewirken, wie die Videos zeigen, auch die Unterhaltung und das Vergnügen ihrer Zuschauer (vermutlich auch ihrer Leserschaft). Der Widerstand nimmt so eine neue, positive Rolle an, in der er nicht primär als Leidtragender dargestellt wird. Zudem können die vielen in Kapitel 5.3 genannten rhetorischen Mittel, sowie die tägliche Präsenz von CAN eine wachsende Anzahl an Lesern und Zuschauern zur Folge haben (tatsächliche Lese-/Zuschauerraten wurden nicht gemessen). Durch die ermöglichte Aufmerksamkeit und eine wahrscheinliche Beliebtheit durch Unterhaltungszwecke profitiert der Widerstand und erhält eine Rolle, d.h. er erfüllt während der Klimaverhandlung bestimmte Funktionen, wie z.B. der Information und der Unterhaltung. Die Logik, dass Widerstand in der neoliberalen Ordnung nicht gehört werden kann und soll, wird durch diesen humorvollen, amüsanten und täglich wiederholten Widerstand herausgefordert und entkräftet, und der Widerstand wird in eine andere, neue Position – seine Anerkennung – überführt. CAN ermöglicht eine andere Perspektive auf den Widerstand und diese Perspektive zerstört die Rolle des Widerstands in der bestehenden neoliberalen Logik – die Rolle seiner Funktionslosigkeit und seiner Nicht-Anerkennung. CAN ermöglicht seine Anerkennung, indem CANs Widerstand eine Funktion erfüllt, und daher bricht CAN mit der Konvention (siehe RANCIÈRE 2008; BUTLER 2006). Die bestehende widerstandsfreie Logik wird einer Logik gegenübergestellt, in der Widerstand eine Stimme und eine Funktion erhält, oder zumindest anerkannt werden *kann* und nicht als „Verlierer“ bzw. Leidtragender des Systems gilt. CANs Widerstand richtet sich damit gegen jene, die den Widerstand zuvor autorisiert haben (siehe BUTLER 2006: 250). Denn vor seiner Ausführung musste sich CAN als „outside event“ der Klimaverhandlung anmelden (UNFCCC 2012, 2014d). CAN „enteignet“ den ihm gebotenen Rahmen durch die Umkehrung seiner Logik und kann so gegen die „Herrschaft“ der UNFCCC und des Klimaregimes arbeiten (BUTLER 2006: 250). Der Widerstand von CAN artikuliert hier als politisches Subjekt und verwirklicht Demokratie durch die Integration des sonst anteillosen Widerstands.

Innerhalb CANs Widerstand, der nun in die Rolle seiner Anerkennung überführt wird, hebt das Netzwerk häufig die Bedürfnisse und das Potential der Zivilgesellschaft hervor und ermöglicht damit, dass auch die Zivilgesellschaft als Anteillose des derzeitigen Klimaregimes in der Gesellschaft gehört wird. Durch den Bezug auf die Zivilgesellschaft stellt CAN eine Verbindung zwischen jenen Anteillosen – der Zivilgesellschaft – und denen, die die Aufteilung innerhalb der bestehenden polizeilichen Ordnung des Klimaregimes bestimmen, den Delegierten und weiteren Akteuren, her.

Damit stellt CAN einen Ort bereit, in dem sich Anteillose äußern können und verschiedene Logiken aufeinandertreffen können, wie es auch die Nicht-Regierungsorganisation Climate Justice Action (CJA) erzielen wollte (KENIS & MATHIJS 2014a: 155). Dies ist ein weiterer demokratischer und politischer Akt und eine weitere Initiative, das bestehende soziale Gefüge des Neoliberalismus zu durchbrechen, was gemäß SWYNGEDOUW (2007) eine Voraussetzung für die Änderung einer sozioökologischen Aufteilung der Ordnung ist. Hier zeigt sich also ein besonderes Potential in der Verwendung rhetorischer Mittel in performativen Äußerungen. Die Rhetorik greift bestehende Kontexte auf, d.h. „reiteriert“ sie nach BUTLER (2006). Diese „spielerische“, humorvolle und kreative Fassung des Widerstands hat auch in der Studie von DZUDZEK (2013) den Charakter eines politischen Subjektes aufweisen können. Der Widerstand wird neu positioniert und erfüllt eine bestimmte Funktion. Damit schafft CAN es, sich selbst während seiner Äußerung zu autorisieren (ebd.: 250), und damit die Logik einer widerstandsfreien Ordnung umzukehren. Weniger wird dies durch die Videoberichte erreicht, da hier, bis auf den Bezug zum „Fossil of the Day“-Preis, Kritik ohne diese rhetorischen Mittel geäußert wird.

SWYNGEDOUW (2007) fordert auch, Finanzen als Mittel zur Politik zu entkräften und die sozioökonomische Reorganisation der bestehenden Ordnung zu ermöglichen. CAN möchte zwar, dass finanzielle Mittel hauptsächlich vom Staat bereitgestellt werden, aber die Organisation sieht genau in den finanziellen Verpflichtungen und Investitionen in nachhaltige Energieträger die *Lösung* für ein gerechtes Klimasystem. Damit wird kaum eine sozioökonomische Reorganisation der Gesellschaft gefordert. Die neoliberale kapitalistische Ideologie der Ordnung des bestehenden Klimaregimes wird nur in Teilen entkräftet, indem sich CANs Widerstand als anerkanntes Element der Gesellschaft positioniert und als solches staatliche Finanzen nachfragt. Ein Widerstand, der eine Stimme in der Gesellschaft hat, erfüllt zumindest die Grundvoraussetzung dafür, Änderungen zu erzielen. CAN kann zwar zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität im globalen System aufrufen und dadurch eventuell mehr öffentliche Klimafinanzierung oder eine stärkere Gewichtung des Loss & Damage-Mechanismus erreichen. Jedoch bewegt sich die Organisation mit ihrer Argumentation und ihren Forderungen hauptsächlich innerhalb des bestehenden sozioökonomischen Rahmens und der Mechanismen, die das derzeitige Klimaregime und den post-politischen Rahmen prägen. Diese sind eben jene auf post-politischem Konsens beruhende Mechanismen wie Klimaschutz, -Anpassung und Loss & Damage – ermöglicht durch finanzielle Mittel – sowie der Bezug auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse und dadurch die Reduktion des Klimawandels auf seine kalkulierten Größen, deren zerstörerische Ausmaße proklamiert werden. Dadurch fordert CAN des Weiteren weder eine grundsätzliche sozioökologische Reorganisation, noch benennt CAN konkrete „positive Anzeiger“ (SWYNGEDOUW 2010: 224) als Lösung für die Zukunft. Die Nachhaltigkeit, die CAN anstrebt, definiert keine klare Vorstellung einer Natur, die für CAN eine bestimmte Zukunft darstellen würde. Zwar konzentriert sich CAN auf erneuerbare Energien, diese eröffnen aber keine „unvorhergesehene politische Zukunft“, die BUTLER (2006: 252) fordert und die sich jenseits des bestehenden

Rahmens befinden würde und eine sozioökonomische Transformation (SWYNGEDOUW 2007) herbeiführen würde. Ein ähnliches Ergebnis erhielten KENIS und MATHIJS (2014a) in ihrer Studie zum Widerstand von Climate Justice Action (CJA). Diese NGO hat in ihrer Argumentation zu Klimagerechtigkeit keine Zukunft konkretisieren können (ebd.: 154ff.), was z.B. auch SADER (2002: 92f.) mit Hinblick auf die Artikulationen von NGOs feststellt. Im Gegensatz dazu benennt CAN jedoch in den Handlungsvorschlägen – mehr als CJA – welche Forderungen CAN an die Delegierten hat, um Gerechtigkeit zu erzielen, und bleibt damit weniger vage als CJA (vgl. KENIS & MATHIJS ebd.). CAN grenzt sich auch nicht zu sehr von den anderen Akteuren des Klimaregimes ab, da die Organisation in allen Formen des Widerstands die Delegierten ansprechen und ihnen alternative Vorschläge für z.B. besseren Klimaschutz gibt. CAN agiert damit konstruktiv und ist auch in seinen Forderungen nach Klimagerechtigkeit klar, denn die Organisation argumentiert mit den Prinzipien der UN-Konvention, mit Menschenrechten und der Gleichstellung der Geschlechter. Dieses Verhalten von CAN, indem verschiedene Vorschläge angebracht werden, kann als Abwägung oder Beratung im Sinne BARNETTS (2012) „deliberate democracy“ definiert werden. Wie aber bereits in Kapitel 3.4 genannt, basiert diese Abwägung auf Ausschluss. Denn in dem Moment, indem CAN über die *Mechanismen* der Klimapolitik argumentiert, schließt CAN die Kritik am *äußeren* Rahmen des Klimaregimes aus. Um nun nach SWYNGEDOUW politisch (und demokratisch) zu agieren, muss CAN beispielsweise in seiner Forderung nach Nachhaltigkeit die Vielfältigkeit der sozialen Gruppen und Individuen sowie der Natur anerkennen, und darf die Natur nicht als rein naturwissenschaftliches Phänomen behandeln (auch HULME 2008). Zudem muss CAN die verschiedenen Mensch-Umwelt-Interaktionen benennen und in seinen Forderungen berücksichtigen, um die Anforderungen an einen demokratischen und politischen Akt zu erfüllen (SWYNGEDOUW 2007: 37f.). CAN benennt zwar in Ansätzen einige ungleiche Folgen des klimatischen Wandels auf die Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Herkunft – Industrieländer und Entwicklungs- und Wachstumsländer – wobei hier jedoch regionale und lokale Heterogenität nicht berücksichtigt werden. Auch die Tatsache, dass Natur und Klima mehrere Bedeutungen haben können, erwähnt CAN nicht.

Der Widerstand von CAN weist nach den Definitionen von SWYNGEDOUW politische Neigungen auf, indem das Prinzip eines nicht anerkannten, als „Verlierer“ der Gesellschaft geltenden Widerstands umgekehrt wird. Dieser Logik wird – besonders im Newsletter und der Preisvergabe – durch Humor und durch seine Positionierung als amüsanten „Helden“ die Anerkennung des Widerstands entgegengesetzt und so das neoliberale System, in dem es in der Regel keinen Widerstand gibt, entkräftet. Dies ist zumindest *eine* Grundvoraussetzung für politischen Widerstand. Auch die Forderung nach öffentlichen Klimafinzen zeigt politische Tendenzen. Trotzdem ist CANs Widerstand überwiegend post-politisch, da CAN finanzielle Mittel dem Politischen, dessen Ziel eine „echte“ sozioökonomische (Re)Konstruktion (SWYNGEDOUW 2007: 38) ist, in den Vordergrund stellt. Auch bezieht sich CAN fortlaufend auf die Erkenntnisse des IPCC und geht somit mehr aus naturwissenschaftlicher als aus interdisziplinärer

linärer Sicht an den Klimawandel heran. CAN fordert Klimafinanzierung und Klimagerechtigkeit, schließt sich dem wissenschaftlichen Konsens an und bewegt sich mit seinen meist technokratischen Forderungen weitestgehend im Rahmen des Klimaregimes. Dieser Rahmen wird nicht vollständig außer Kraft gesetzt und CANs Argumentation kann daher keine sozioökonomische und sozioökologische Neugestaltung der Ordnung des Klimaregimes bewirken, was jedoch „echtes“ politisches Handeln nach SWYNGEDOUW (ebd.) erfordert. Denn nur durch eine sozioökonomische Reorganisation kann das neoliberale ökonomisch ausgerichtete System, dessen Strukturen die Ursachen für die derzeitigen ökologischen Probleme darstellen, entkräftet werden (SWYNGEDOUW 2010: 228). Für die totale Reorganisation der bestehenden Strukturen ist eine Herangehensweise aus geographischer Sicht sinnvoll. Sie verfolgt einen interdisziplinären Ansatz und betrachtet daher verschiedene soziale sowie ökologische Systeme und ihre Wechselwirkungen. Würde CAN diese Perspektive einnehmen, würde sich CAN nicht ausschließlich auf den IPCC berufen können, sondern die verschiedenen lokalen Wirkungen und die unterschiedlichen Reaktionen der lokalen Bevölkerung auf die klimatischen Veränderungen (z.B. ARNALL & KOTHARI 2015; ARNALL et al. 2013; HULME 2008; FARBOTKO & LAZRUS 2012; MARINO & RIBOT 2012) betonen.

Doch gerade, weil CAN so eine Vielzahl an Umwelt-NGOs (mehr als 950) vertritt und somit weltweite Unterstützung erhält, und wiederum weltweit Einfluss nehmen kann, hat CAN ein großes Potential, Änderungen auf vielen Ebenen global zu bewirken. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Interessen und Zielsetzungen der NGOs den jeweiligen lokalen und regionalen Bedürfnissen entsprechen. Das ermöglicht CAN einen Regionen-übergreifenden demokratischen Prozess, und ermöglicht es auch, sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Netzwerks als Multiplikator zu wirken. Die Tatsache, dass mit 110 Ländern, die bei CAN vertreten sind, nur etwas über 50 Prozent der Länder der Welt repräsentiert sind, widerspricht einerseits nicht den demokratischen Anforderungen – die Mitgliedschaft bei CAN ist ja nicht verpflichtend – andererseits kann es zum Ausschluss der Interessen der NGOs der übrigen Länder führen. Die Kommunikationsprozesse und Interaktionen zwischen CAN und seinen Mitgliedern waren jedoch nicht Gegenstand dieser Analyse.

Wie die obenstehende Analyse gezeigt hat, besitzt CAN das Potential, außergewöhnliche Sichtweisen im bestehenden Rahmen zu vertreten und diese in ihre allgemeine Anerkennung zu überführen. Zu Gunsten der ökologischen Probleme wäre es sinnvoll, Klimapolitik neu zu definieren und auszurichten, indem CAN einen „positiven Anzeiger“ (SWYNGEDOUW 2010: 224) benennen würde, der eine totale sozioökonomische und -ökologische Reorganisation bewirken könnte. Zumindest agiert CAN bereits auf der richtigen Ebene, da es ein transnationales Netzwerk ist, und damit weltweite gesellschaftliche Strukturen im politischen Akt berücksichtigen kann.

7 Fazit

„Echtes“ demokratisches und politisches Handeln bedeutet nach SWYNGEDOUW die Anerkennung der Vielfalt an Bedeutungen, die jedem Begriff je nach Betrachtung zugewiesen werden können. Im Kontext des Klimaregimes bedeutet dies vor allem das Berücksichtigen der verschiedenen sozialen Strukturen und ihrer Pfadabhängigkeiten in Bezug auf ökonomische und ökologische Veränderungen. In der politischen Artikulierung gilt es, diese verschiedenen Konstruktionen in ihrer Vielfältigkeit gegenüberzustellen und Dissens zwischen ihnen zu erlauben. Dieser Dissens ermöglicht ferner eine Neugestaltung der bestehenden Ordnung. Er wird jedoch durch die derzeitigen neoliberalen kapitalistischen Strukturen des internationalen Klimaregimes verhindert. Daher wird das derzeitige Klimaregime als post-politisch bezeichnet. So strukturiert sich das Klimaregime durch reines Regulieren und Ausführen von dem, was Experten und Eliten verkünden. Dies hat zur Folge, dass das Klimaregime gewissermaßen choreographiert ist, und Widerstand, der diese Strukturen herausfordern möchte und Änderungen anstrebt, in der Öffentlichkeit keine Anerkennung findet. Folglich können Diskussionen und Auseinandersetzungen bezüglich möglicher zukünftiger Gefüge und Rahmen-gebender Werte nicht stattfinden. Die Artikulierung eines Widerstands, der die Anforderungen an ein politisches Subjekt erfüllt, hat das Potential, die bestehenden Strukturen zu durchbrechen und damit sowohl eine Umgestaltung, als auch eine völlige Neugestaltung der Strukturen zu ermöglichen. So würden die Ursachen für die heutigen ökologischen Probleme adressiert, da das kapitalistische System durch seine Fokussierung auf Wirtschaftswachstum maßgebend zum klimatischen Wandel beigetragen hat (z.B. SWYNGEDOUW 2010: 228).

Mit der Methode der Grounded Theory wurden CANs Handlungsweisen und ihre Pfadabhängigkeiten erfasst und analysiert. Es konnte herausgearbeitet werden, dass der Widerstand von CAN all seine Handlungen und Forderungen auf den Prinzipien Gerechtigkeit und Solidarität im Klimaregime basiert. Ferner hat diese Arbeit gezeigt, dass es CANs Widerstand im Vorgang seiner Artikulierung durch rhetorische Mittel wie Satire und Humor gelingt, das neoliberale Gefüge infrage zu stellen. Es zeigte sich das Potential der Rhetorik und des Humors in der Artikulierung des Widerstands, den Widerstand anders darzustellen, als einen unterdrückten und von der Öffentlichkeit ignorierten Widerstand. CANs Widerstand erfüllt die Funktionen der Information und der Unterhaltung und ermöglicht so seine öffentliche Anerkennung. Jedoch geht CAN nicht von einer vielfältigen Bedeutung ökologischer Veränderungen und ihrer Effekte auf unterschiedliche soziale Strukturen im Sinne des Politischen nach SWYNGEDOUW aus. CAN geht meist von einer naturwissenschaftlichen Betrachtung des Klimawandels aus, und greift damit Elemente des post-politischen Konsenses auf, ohne diese kritisch herauszufordern. CAN fordert Nachhaltigkeit, ohne diese in ihren Eigenschaften und Effekten auf sozioökologische Interaktionen zu konkretisieren. Daher ist der Widerstand von CAN überwiegend post-politisch und ermöglicht nicht den Dissens zwischen verschiedenen sozioökologischen Konstruktionen, die die Zukunft gestalten könnten. Das politische Handeln jedoch erfordert ideologischen Dissens. Es bedarf einer ideologischen Differenz zwischen dem Aufzei-

gen verschiedener Ordnungen für die Zukunft, um eine Reorganisation der bestehenden Ordnung zu ermöglichen. Um die Ursachen der ökologischen Probleme zu adressieren und diese zu beheben, müssen nach SWYNGEDOUW die bestehenden sozioökonomischen und sozioökologischen Strukturen, d.h. die Interaktionen zwischen Mensch (im weitesten Sinne) und Umwelt, grundsätzlich infrage gestellt werden. Die Interaktionen und Abhängigkeiten zwischen Mensch und Umwelt müssen in ihrer Gänze anerkannt werden, um Demokratie im Sinne des Politischen zu erzielen und die Konfrontation von Antagonismen zu ermöglichen. Mit dieser Konfrontation entsteht ein Raum für neue Ideen, die eine Neugestaltung der bestehenden Strukturen anregen können. Ein politischer Widerstand, der grundsätzliche Änderungen im Klimaregime anstrebt, um die Ursachen des Klimawandels gezielter als bisher zu adressieren, hat ein besonderes Potential, zu einer Neugestaltung der bestehenden Ordnung beizutragen und dazu aufzurufen.

Vor allem, da CAN stellvertretend für 950 Umwelt-NGOs weltweit spricht und weltweite Unterstützung erhält, sowie wiederum einflussreich und sehr präsent ist, besäße die Organisation in der kontinuierlichen Ausführung „echten“ politischen Widerstands das Potential, hohen Druck zu erzeugen und somit Veränderungen zu bewirken. Gleichzeitig ist es wichtig, dass auch die Interessen der noch nicht vertretenen Länder in Betracht gezogen werden, und im demokratischen Sinne die noch „Anteillosen“ (RANCIÈRE 2008, siehe Kapitel 3.2) als Teil von CANs Widerstands einbezogen werden.

Der Widerstand muss seinen Empfängern, seinen Zuschauern und seiner Leserschaft vor Augen führen, welche Möglichkeiten eines neuen, alternativen sozioökologischen Gefüges für die Zukunft existieren. Dies kann, wie CANs Widerstand gezeigt hat, mit Mitteln der Rhetorik, z.B. mit Humor und Satire und bildlichen Mitteln wie Metaphern, erfolgen, um überhaupt die Voraussetzung zu erfüllen, im widerstandsfreien neoliberalen Gefüge Aufmerksamkeit und Anerkennung zu erlangen. Weiterhin kann der Fokus auf eine geographische Perspektive gelegt werden, die Mensch-Umwelt-Interaktionen aus verschiedenen Perspektiven, eben nicht nur aus naturwissenschaftlicher Sicht, betrachtet (vgl. HULME 2008). Die geographische Herangehensweise an den Klimawandel eröffnet eine neue Perspektive und Herangehensweise an den Klimawandel für die Allgemeinheit und verhindert damit die Fokussierung auf seine wissenschaftlichen Kennzahlen, als eines der Kernelemente der postpolitischen Verhältnisse, und ermöglicht so demokratischeres Handeln im Sinne des Politischen.

8 Literatur

AOSIS (2015): About AOSIS. Abrufbar unter: <http://aosis.org/about/>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

ARNALL, A. & KOTHARI, U. (2015): Challenging climate change and migration discourse: Different understandings of timescale and temporality in the Maldives. In: *Global Environmental Change* 31. S. 199-206.

ARNALL, A., KOTHARI, U. & KELMAN, I. (2013): Introduction to politics of climate change: discourses of policy and practice in developing countries. In: *The Geographical Journal* 180, H. 2. S. 98-101.

BARNETT, C. (2012): Situating the geographies of injustice in democratic theory. In: *Geoforum* 43, H. 4. S. 677-686.

BAUCHMÜLLER, M. (2014): UN-Klimakonferenz steckt fest. (Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH) München; Lima. Abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/lima-un-klimakonferenz-steckt-fest-1.2265973>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

BETSILL, M.M. (2008): Environmental NGOs and the Kyoto Protocol Negotiations: 1995 to 1997. In: BETSILL, M.M. & CORELL, E. (Hrsg.): *NGO Diplomacy: The Influence of Non-governmental Organizations in International Environmental Negotiations*. Cambridge, MA. S. 43-66.

BETZOLD, C. (2013): *Non-State Actors in International Climate Change Negotiations: A Synthesis*. Working Papers 61. (National Centre of Competence in Research (NCCR)) Zürich.

BINDERKRANTZ, A. (2005): Interest Group Strategies: Navigating Between Privileged Access and Strategies of Pressure. In: *Political Studies* 53. S. 694-715.

BOND, P. (2011): *Politics of Climate Justice. Paralysis Above, Movement Below*. (University of KwaZulu-Natal Press) Scottsville.

BULKELEY, H. & NEWELL, P. (2010): *Governing Climate Change*. (Routledge) Abingdon; New York, NY.

Bundesregierung (2015): UN-Klimakonferenzen. Abrufbar unter: <http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/un-klimakonferenzen/ergebnisse-der-un-klimakonferenzen/>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

BUTLER, J. (2006): *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*. (edition suhrkamp 2414) Frankfurt am Main.

BUTLER, J. (2011 [1993]): *Bodies That Matter: On the Discursive Limits of Sex*. (Routledge) Abingdon; New York, NY.

CAN International (2009): Fossil of the Day Blog is Live! Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/fossil-of-the-day/fossil-day-blog-live>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

CAN International (2014): ECO Édition francophone. 1 Décembre. Édition Temple du Soleil. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco1-cop20-fr.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 2 December. IPCC Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco - tues 2 dec.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 4 December. Missing Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco - thursday 4 dec a4.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 5 December. IPCC Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco 5 cop20 english.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 6 December. Non-committal Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco-dec-6.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 9 December. Cebiche Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco-dec9-final.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 11 December. Papas Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco-dec11-final.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): ECO 12 December. Panetón Issue. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco-dec12-final.pdf>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): Fossil of the Day. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/fossil-of-the-day>. (letzter Aufruf: 05.09.15)

CAN International (2014): Video vom 01.12.14. COP20, Fossil of the Day, Day 1. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=u4sqjXHZpVw>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): Video vom 02.12.14. Japan climate finance funding false start sins Fossil of the Day at COP20. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=i7OGW4xC4g0>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): Video vom 03.12.14. Fossil of the Day, Day 3 at COP20. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=fywH1XRqpdQ>. (letzter Aufruf: 10.09.15)

CAN International (2014): Video vom 04.12.14. Australia Wins Fossil on Lost and Damaged Position on Loss and Damage. Abrufbar unter:

- <https://www.youtube.com/watch?v=hmd5R30pG1o>. (letzter Aufruf: 10.09.15)
- CAN International (2014): Video vom 05.12.14. COP20, Fossil of the Day Award, Day 5. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=GYe2UzxOxrs>. (letzter Aufruf: 10.09.15)
- CAN International (2014): Videobericht vom 04.12.14. Fossil News: Australia Wins Fossil on Lost and Damaged Position on Loss and Damage. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=J6TTHDcX2G4>. (letzter Aufruf: 10.09.15)
- CAN International (2015): About CAN. Abrufbar unter: <http://www.climatenetwork.org/about/about-can>. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- CAN International (2015): ECO 1 September. Long Game Issue. Abrufbar unter: http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco_2_adp2-10_english.pdf. (letzter Aufruf: 10.09.15)
- CAN International (2015): ECO 3 September. Another Day Issue. Abrufbar unter: http://www.climatenetwork.org/sites/default/files/eco_4_adp2-10_english.pdf. (letzter Aufruf: 10.09.15)
- CELATA, F. & SANNA, V.S. (2012): The post-political ecology of protected areas: nature, social justice and political conflicts in the Galápagos Islands. In: *Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability* 17, H. 9. S. 1-14.
- CHARMAZ, K. (2006): *Constructing Grounded Theory. A Practical Guide Through Qualitative Analysis*. (Sage Publications) London; Thousand Oaks, CA; New Delhi.
- CHARMAZ, K. (2007): *Grounded Theory* konstruieren. In: MEY, G. & MRUCK, K. (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden. S. 137-162.
- CHATTERTON, P., FEATHERSTONE, D. & ROUTLEDGE, P. (2013): Articulating Climate Justice in Copenhagen: Antagonism, the Commons, and Solidarity. In: *Antipode* 45, H. 3. S. 602-620.
- CJN (2015): Climate Justice Now! Principles. Abrufbar unter: <http://www.climate-justice-now.org/principles/>. (letzter Aufruf: 26.07.15)
- CRANG, M. & COOK, I. (1995): *Doing Ethnographies*. (Geobooks) Norwich.
- CROUCH, C. (2004): *Post-Democracy*. (Polity Press) Cambridge.
- DIKEC, M. (2005): Space, politics, and the political. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 23. S. 171-188.
- DZUDZEK, I. (2013): Unternehmen oder Unvernehmen? – Über die Krise des Kreativsubjekts und darüber hinaus. In: *Geographica Helvetica* 68. S. 181-189.
- FARBOTKO, C. & LAZRUS, H. (2012): The first climate refugees? Contesting global narratives of climate change in Tuvalu. In: *Global Environmental Change* 22. S. 382-390.
- FEATHERSTONE, D. (2013): The Contested Politics of Climate Change and the Crisis of Neo-liberalism. In: *ACME* 12, H. 1. S. 44-64.

- FEATHERSTONE, D. & KORF, B. (2012): Introduction: Space, contestation and the political. In: *Geoforum* 43, H. 4. S. 663-668.
- GEISELHART, K., PARK, M., SCHLATTER, F. & ORLOWSKI, B. (2012): Die Grounded Theory in der Geographie. *Ein möglicher Weg zu Empirie und Theoriebildung nach dem Cultural Turn*. In: *Bericht zur deutschen Landeskunde* 86, H. 1. S. 83-95.
- GEISER, U. (2012): Reading political contestation in Pakistan's Swat valley – From deliberation to 'the political' and beyond. In: *Geoforum* 43, H. 4. S. 707-715.
- GLASER, B.G. (2007): Der Umbau der Grounded-Theory-Methodologie. In: MEY, G. & MRUCK, K. (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden. S. 137-162.
- GLASER, B.G. & STRAUSS, A.L. (1979): Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie: Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In: HOPF, C. & WEINGARTEN, E. (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung*. Stuttgart. S. 91-114.
- GLASER, B.G. & STRAUSS, A.L. (2006 [1967]): *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. (Transaction Publishers) New Brunswick, NJ; London.
- GOLDENBERG, S. (2014): Lima climate change talks reach global warming agreement. (the Guardian) London; Lima. Abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/environment/2014/dec/14/lima-climate-change-talks-reach-agreement>. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- GOONEWARDENA, K. & RANKIN, K.N. (2004): The Desire Called Civil Society. A Contribution to the Critique of a Bourgeois Category. In: *Planning Theory* 3, H.2. S. 117-149.
- HONNETH, A. (2007): *Disrespect*. (Polity Press) Cambridge.
- HULME, M. (2008): Geographical work at the boundaries of climate change. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 33, H. 1. S. 5-11.
- IISD (2015): ENB Background. Abrufbar unter <http://www.iisd.ca/enbvol/enb-background.htm>. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- IPCC (2014): *Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Hrsg.: Core Writing Team, PACHAURI, R.K. & MEYER, L.A. (IPCC) Genf.
- KENIS, A. & MATHIJS, E. (2014a): Climate change and post-politics: Repoliticizing the present by imagining the future? In: *Geoforum* 52. S. 148-156.
- KENIS, A. & MATHIJS, E. (2014b): (De)politicising the local: The case of the Transition Towns movement in Flanders (Belgium). In: *Journal of Rural Studies* 34. S. 172-183.
- KEOHANE, R.O. & VICTOR, D.G. (2011): The Regime Complex for Climate Change. In: *Perspectives on Politics* 9, H. 1. S. 7-23.
- KOTHARI, U. (2013): Political discourses of climate change and migration: resettlement policies in the Maldives. In: *The Geographical Journal* 180, H. 2. S. 130-140.
- KYTHREOTIS, A.P. (2012): Progress in global climate change politics? Reasserting national state territoriality in a 'post-political' world. In: *Progress in Human Geography* 36,

H. 4. S. 457-474.

MARINO, E. & RIBOT, J. (2012): Special Issue Introduction: Adding insult to injury: Climate change and the inequities of climate intervention. In: *Global Environmental Change* 22. S. 323-328.

MASON, K. & WHITEHEAD, M. (2012): Transition Urbanism and the Contested Politics of Ethical Place Making. In: *Antipode* 44, H. 2. S. 493-516.

MAY, T. (2008): *The Political Thought of Jacques Rancière. Creating Equality.* (Edinburgh University Press) Edinburgh.

MICHONSKI, K. & LEVI, M.A. (2010): *Harnessing International Institutions to Address Climate Change.* Council on Foreign Relations. New York, NY. Abrufbar unter: http://agriculturedefensecoalition.org/sites/default/files/file/geo_scheme_16/16YL_2010_Levi_Harnessing_International_Institutions_to_Work_on_Climate_Change_by_Levi_March_2010_Global_Governance.pdf. (letzter Aufruf: 14.09.15)

MOUFFE, C. (2002): Which public sphere for a democratic society? In: *Theoria* 49, H.99. S. 55-65.

MOUFFE, C. (2005): *On the Political.* (Routledge) Abingdon; New York, NY.

MUHLE, M. (2006): Einleitung. In: RANCIÈRE, J. & MUHLE, M. (Hrsg.): *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien.* Berlin. S. 7-19.

NEWELL, P. (2005): Climate for Change: Civil society and the politics of global warming. In: *Global Civil Society* 6. S. 1-31.

NORTH, P. (2010): Eco-localisation as a progressive response to peak oil and climate change. A sympathetic critique. In: *Geoforum* 41, H. 4. S. 585-594.

PACJA (2015a): About us. Abrufbar unter: <http://www.pacja.org/index.php/en/about-us>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

PACJA (2015b): Mission, Vision & Objectives. Abrufbar unter: <http://www.pacja.org/index.php/en/about-us/mission-vision-objectives>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

RANCIÈRE, J. (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie.* (Suhrkamp Verlag) Frankfurt am Main.

RANCIÈRE, J. (2006): Von den Regimen der Künste und der mäßigen Relevanz des Begriffs der Moderne. In: RANCIÈRE, J. & MUHLE, M. (Hrsg.): *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien.* Berlin. S. 35-49.

RANCIÈRE, J. (2008): *Zehn Thesen zur Politik.* (diaphanes) Zürich; Berlin.

SADER, E. (2002): Beyond Civil Society. The Left after Porto Alegre. In: *New Left Review* 17. S. 87-99.

SCHMITT, C. (1976): *The concept of the political.* (Rutgers University Press) New Brunswick, NJ.

- SPENCER, J. (2012): Performing democracy and violence, agonism and community, politics and not politics in Sri Lanka. In: *Geoforum* 43, H. 4. S. 725-731.
- STRÜBING, J. (2008²): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirische begründeten Theorienbildung.* (VS Verlag für Sozialwissenschaften) Wiesbaden.
- SWYNGEDOUW, E. (2005): *Governance Innovation and the Citizen: The Janus Face of Governance-beyond-the-State.* In: *Urban Studies* 42, H.11. S. 1991-2006.
- SWYNGEDOUW, E. (2007): Impossible "Sustainability" and the Post-political Condition. In: KRUEGER, R. & GIBBS, D. (Hrsg.): *The sustainable development paradox: urban political economy in the United States and Europe.* S. 13-40.
- SWYNGEDOUW, E. (2009): Immer Ärger mit der Natur: „Ökologie als neues Opium für's Volk“. In: *PROKLA* 39, H. 156. S. 371-389.
- SWYNGEDOUW, E. (2010): *Apocalypse Forever? Post-Political Populism and the Spectre of Climate Change.* In: *Theory, Culture & Society* 27. S. 2-3.
- SWYNGEDOUW, E. (2011): *Depoliticized Environments: The End of Nature, Climate Change and the Post-Political Condition.* In: *Royal Institute of Philosophy Supplement* 69. S. 253-274.
- SWYNGEDOUW, E. (2013a): *Die postpolitische Stadt.* In: *Suburban*, H.2. S. 141-158.
- SWYNGEDOUW, E. (2013b): *The Non-political Politics of Climate Change.* In: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 12, H.1. S. 1-8.
- TANNER, T. & ALLOUCHE, J. (2011): *Towards a New Political Economy of Climate Change and Development.* In: *IDS Bulletin* 42, H. 3. S. 1-14.
- UNFCCC (2012): *Frequently asked questions about side events and exhibits.* Abrufbar unter: https://seors.unfccc.int/seors/seors/pdf/seors_faq.pdf. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- UNFCCC (2014a): *Kyoto Protocol.* Abrufbar unter: http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- UNFCCC (2014b): *First steps to a safer future: Introducing The United Nations Framework Convention on Climate Change.* Abrufbar unter: http://unfccc.int/essential_background/convention/items/6036.php. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- UNFCCC (2014c): *Workstreams – Adaptation.* Abrufbar unter: <http://unfccc.int/adaptation/workstreams/items/6995.php>. (letzter Aufruf: 14.09.15)
- UNFCCC (2014d): *Daily schedule of "Outside Events", "Additional Activities" and "Other Events" for 12 December 2014.* Abrufbar unter: http://unfccc.int/files/meetings/lima_dec_2014/application/pdf/other_events_cop20cmp10_dp.pdf. (letzter Aufruf: 06.09.15)
- UNFCCC (2014e): *Parties & Observers: Civil Society/Admitted NGO.* Abrufbar unter: <http://maindb.unfccc.int/public/ngo.pl>. (letzter Aufruf: 14.09.15)

ŽIŽEK, S. (2001): Die Tücke des Subjekts. (Suhrkamp Verlag) Frankfurt am Main.

ŽIŽEK, S. (2002): Revolution at the Gates. Žižek on Lenin, the 1917 Writings. (Verso) London.